Stellungnahme zur Auswertung der Seniorenumfrage im Landkreis Schwandorf im Rahmen der Entwicklung eines seniorenpolitischen Gesamtkonzepts

Prof. Dr. Irmgard Schroll-Decker
Hochschule für angewandte Wissenschaften Regensburg
Fakultät Angewandte Sozialwissenschaften

Regensburg, September 2009

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Durchführung der Untersuchung 3
2. Soziobiografische Daten der Untersuchungsteilnehmer 3
3. Bezug zur Kommune und Wohnsituation 7
4. Mobilitätshilfen und Altersangemessenheit der Wohnverhältnisse 9
5. Pflege und Pflegebedürftigkeit 13
6. Ehrenamtliches Engagement 14
7. Beurteilung des öffentlichen Nahverkehrs 15
8. Lieferdienste 20
9. Erreichbarkeit von Einrichtungen 20
10. Ausgewählte Einzelprofile 24
11. Anregungen für ein seniorenpolitisches Konzept 30

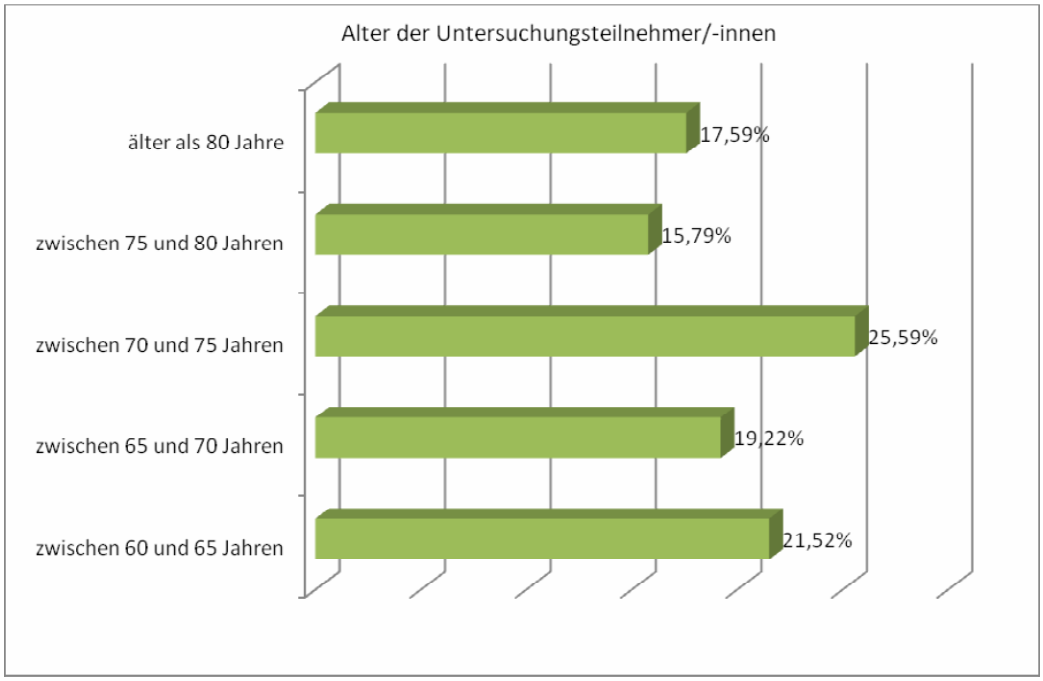
1. Durchführung der Untersuchung

Die Fachstelle für Senioren des Landkreises Schwandorf hat ab der 26. Kalenderwoche 2009 (Beginn 22.06.09) 2500 Fragebögen an die 33 kreisangehörigen Gemeinden und Städte des Landkreises Schwandorf verschickt. Die Verteilung an die über 60 Jahre alten Bürger und Bürgerinnen nahmen die Kommunen in eigener Regie vor. Wie die Auswahl der Stichprobe in den einzelnen Gemeinden und Städten getroffen wurde, entzieht sich der Kenntnis der Fachstelle für Senioren. Die Adressen der Befragten konnten aus den Einwohnerdaten ermittelt werden. Zusätzlich wurden am 24.06.09 von der Fachstelle für Senioren 300 Fragebögen an 6 Seniorenzusammenkünfte und Seniorencafés verteilt. Damit wurde ca. 1/3 (insgesamt gibt es ca. 20) der insgesamt ca. 850 Besucher und Besucherinnen dieser Treffs erreicht.
Bis Ende der 30. Kalenderwoche 2009 (Ende 27.07.09) kamen 1461 ausgefüllte Fragebögen zurück. Dies entspricht einer Rücklaufquote von ca. 52 %. Wegen der unterschiedlichen Größen der Gemeinden des Landkreises Schwandorf einschließlich der großen Kreisstadt Schwandorf und der Städte Burglengenfeld und Maxhütte-Haidhof wurde der Anteil der über 60-jährigen an der Gesamtbevölkerung berechnet. Diese Basis bildete die Grundlage für die Verteilung der Fragebögen, wobei die kleinsten Gemeinden 50 und die große Kreisstadt Schwandorf 200 Fragebögen erhielt, um keine überproportionale Verzerrung zugunsten der Kreisstadt zu verursachen. Beim Rücklauf der Fragebögen gab es keine auffälligen Entwicklungen, tendenziell scheint er in kleineren Gemeinden eher etwas höher zu liegen als in größeren.
Die Eingabe und Auswertung der Fragebögen wurde von der Fachstelle für Senioren mit Hilfe des Programms GrafStat Version 4.596 3/2009 durchgeführt.

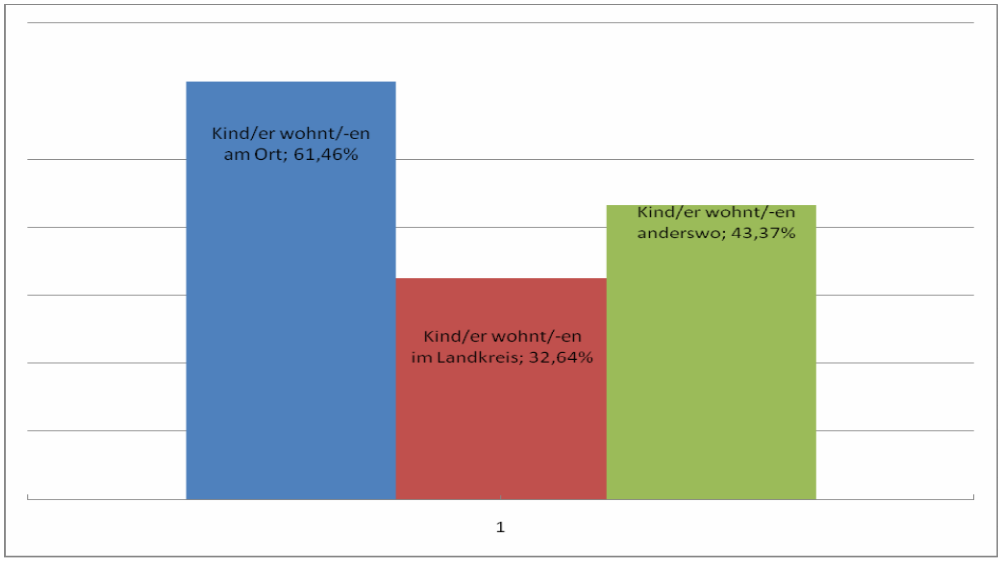
2. Soziobiografische Daten der Untersuchungsteilnehmer

An der Untersuchung haben insgesamt 1461 Personen über 60 Jahre teilgenommen, wobei sich 12 Befragte nicht als männlich oder weiblich zugeordnet haben. 54, 52 % der Untersuchungsteilnehmer sind weiblich und 45,48 % männlich. In den kleineren Orten (bis zu 5000 Einwohner) haben etwas mehr Männer an der Befragung teilgenommen, während in den Städten der Anteil an Frauen überdurchschnittlich repräsentiert ist.
1453 Personen haben Angaben zu ihrer Nationalität gemacht (8 Angaben fehlen): 99,24 % davon sind deutscher Staatsangehörigkeit; die übrigen 11 verteilen sich auf Aussiedler aus den ehemaligen GUS-Staaten, auf tschechische (2), polnische, österreichische, griechische, australische und us-amerikanische Staatsbürgerschaften, wobei nicht alle ihre Nationalität offenbarten.
Alle Altersgruppen zwischen 60 und älter als 80 Jahre sind anteilsmäßig relativ homogen vertreten. Ein leichter Überhang ist bei den 70- bis 75-jährigen gegeben. Insgesamt haben nur 11 Befragte ihr Alter nicht genannt, d.h. 1450 Fragebögen konnten für diese Frage ausgewertet werden.
Im Ganzen betrachtet ist nicht zu erkennen, dass eine bestimmte Altersgruppe regional besonders vertreten wäre. Die Tatsache, dass aus den Orten Neukirchen-Balbini, Schmidgaden und Teublitz keine über 80-jährigen an der Studie teilgenommen ha-

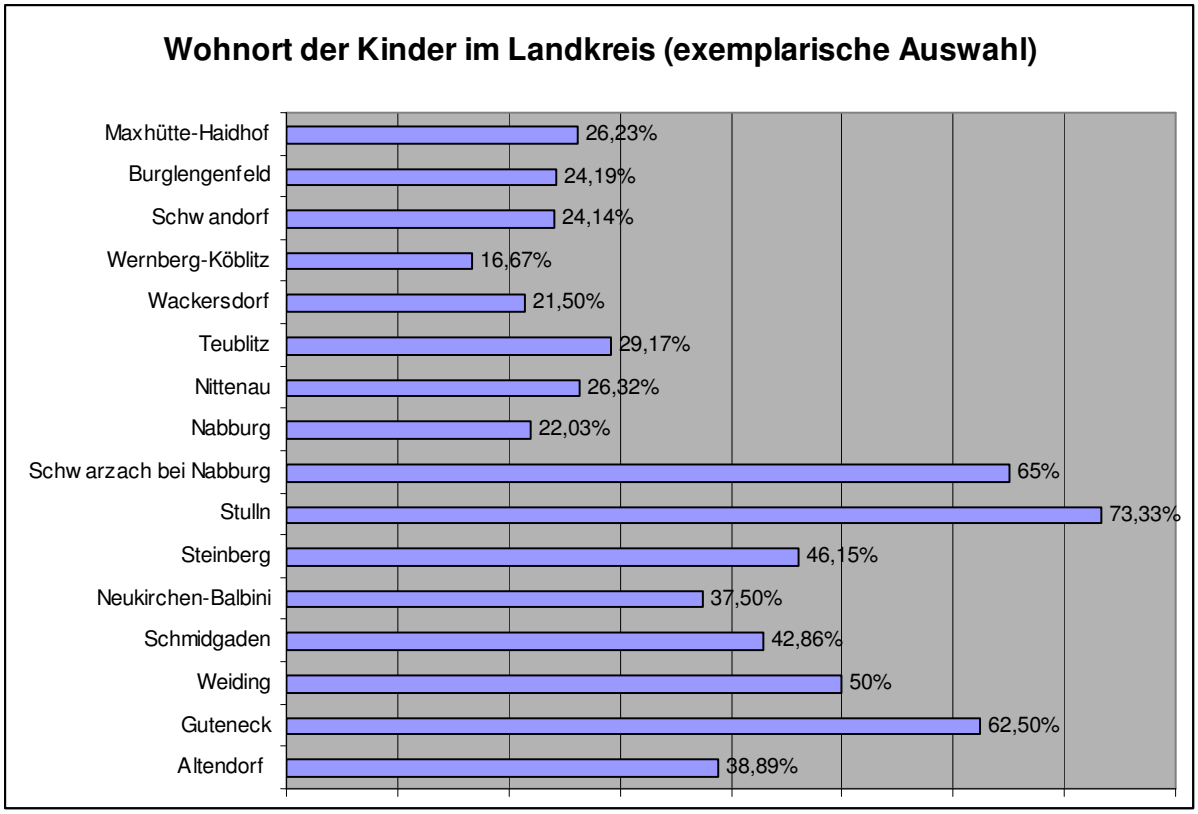
ben, und diese Altersgruppe in Altendorf, Guteneck und Bodenwöhr besonders zahlreich erreicht wurde, ist eher als Zufall zu werten.



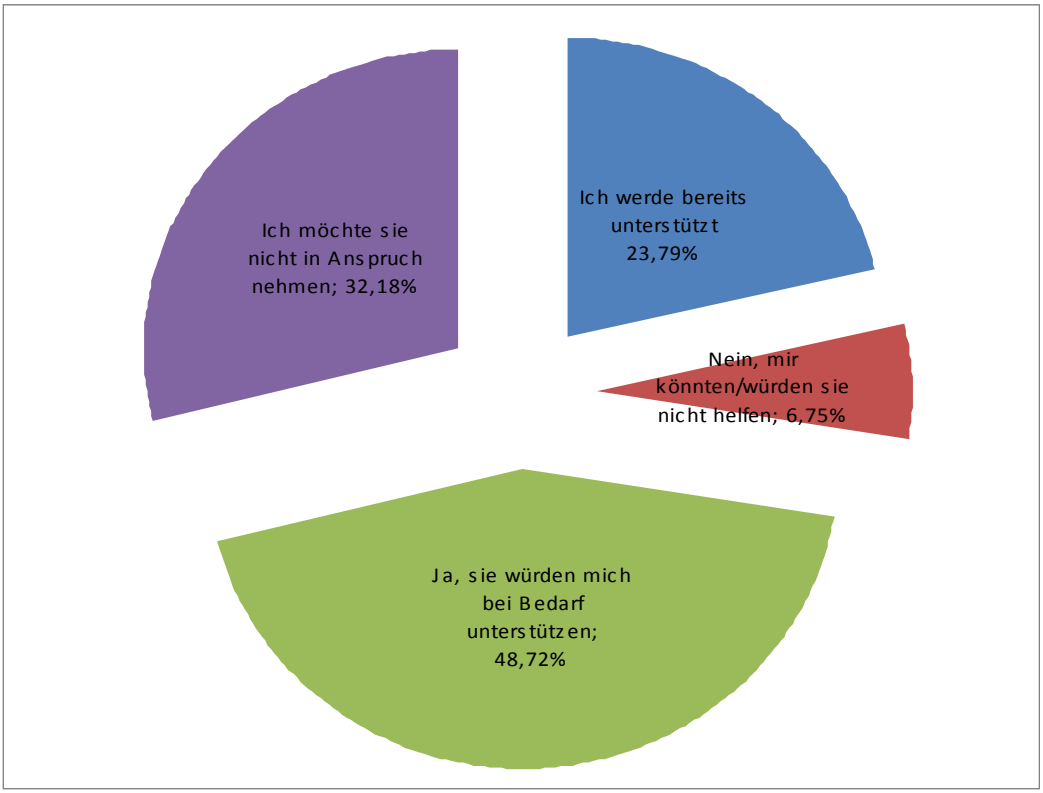
Von den 1451 Befragten, die in die Auswertung einbezogen werden konnten (10 haben keine Angaben gemacht), haben 88,97 % (entspricht 1291 Personen) Kinder. 11,03 % (160 Befragte) haben keine Kinder.
Von den Untersuchungsteilnehmern mit Kind/ern haben 1305 angegeben (156 ohne Antwort), wo ihr/e Kind/er leben. Bei dieser Frage waren Mehrfachantworten möglich, so dass 1794 Antwortitems vorlagen. Bei 61,46 % der Befragten lebt / leben ein Kind / Kinder am Ort, bei weiteren 32 % wohnt / wohnen ein Kind / Kinder im Landkreis Schwandorf und 43 % der Befragten haben ein Kind / Kinder, das/ die weiter entfernt wohnt / wohnen.



90 % aller Befragten haben also Töchter und/ oder Söhne, die entweder am gleichen Ort bzw. im Landkreis Schwandorf ansässig sind. Es gibt keine Gemeinde oder Stadt, in der ein außergewöhnlich großer Anteil der Kinder am Ort oder außerhalb des Landkreises angesiedelt wäre. Erwähnenswerte Unterschiede bezüglich der Größe der Kommune sind aber dahingehend zu erkennen, ob die Befragten in der Stadt oder auf dem Land wohnen. Über 60-jährige, die in der Stadt wohnen, haben weniger Kinder, die im Landkreis Schwandorf wohnen, während Befragte aus den ländlichen Gebieten häufiger angeben, dass ihre Kinder anderswo im Landkreis wohnen. In der folgenden Tabelle wurden einige kleine Orte ausgewählt und sie den Städten gegenübergestellt. Zu erklären ist dieser Zusammenhang wohl damit, dass mehr allein Lebende in den Städten wohnen. Möglicherweise zieht es die Kinder aus ländlich strukturierten Gebieten aber nicht unbedingt in die umliegenden Städte, sondern sie siedeln sich wieder in ländlicher Umgebung an.



Die Frage nach dem Potenzial an Unterstützung für die alternden Eltern, das im Bedarfsfall bei den Kindern vorhanden ist, erbrachte die folgenden Aussagen (246 Personen haben nicht geantwortet). 1215 Befragte haben 1354 Antworten geliefert (Mehrfachantworten waren möglich).



23,79 % der Elternteile werden bereits jetzt von einem Kind / Kindern unterstützt. 48,72 % gehen davon aus, dass ihr Kind / ihre Kinder ihnen bei Bedarf hilfreich zur Seite stehen würde/n. Fast ein Drittel der Befragten entschied sich für die Antwort, ihr Kind / ihre Kinder nicht in Anspruch nehmen zu wollen (32,18 %) und 6,75 % meinte, die Kinder würden oder könnten ihnen nicht helfen. Über 60-jährige, die auf dem Land wohnen, werden im Zeitraum der Befragung, wie die nachfolgende Tabelle zeigt, bereits stärker von ihren Kindern mitversorgt als solche, die in den Städten wohnen. Für ältere Menschen in einer ländlichen Gegend ergeben sich infolge der weiteren Wege sowohl mehr Hilfebedarfsfälle; zugleich haben mehr Menschen aber auch Kinder in ihrer Nähe. Familiäre „Verpflichtungen" werden offensichtlich – notgedrungen – oder selbstverständlich auf dem Land noch ausgeprägter eingehalten.

Orte < 5000	**Unterstützung bereits vorhanden in %**	**Orte > 5000**	**Unterstützung bereits vorhanden in %**
Altendorf	64,29	Nabburg	21,43
Gleiritsch	33,33	Neunburg v. Wald	32,26
Guteneck	50	Nittenau	16,67
Thanstein	47,06	Pfreimd	27,27
Trausnitz	41,67	Schwarzenfeld	25,64
Weiding	47,06	Teublitz	23,4
Dieterskirchen	41,18	Wackersdorf	17,14
Oberviechtach	34,38	Wernberg-Köblitz	20
Teunz	38,89	Schwandorf	26,73
Stulln	35,71	Burglengenfeld	23,08
Niedermurach	26,32	Maxhütte-Haidhof	5,26

Die befragten Landkreisbürger und –bürgerinnen über 60 Jahre (n = 1398; 63 verweigerten die Antwort) sind mit ihrer Wohn- und Lebenssituation mit 95,28 % „alles in allem ganz zufrieden". Als nicht zufrieden geben sich 4,72 % (n = 66) zu erkennen. Auf die offene Frage, was sie gerne anders hätten, haben sie die insgesamt 52 Vorschläge gebracht, die zu den folgenden Kategorien zusammengefasst sind:

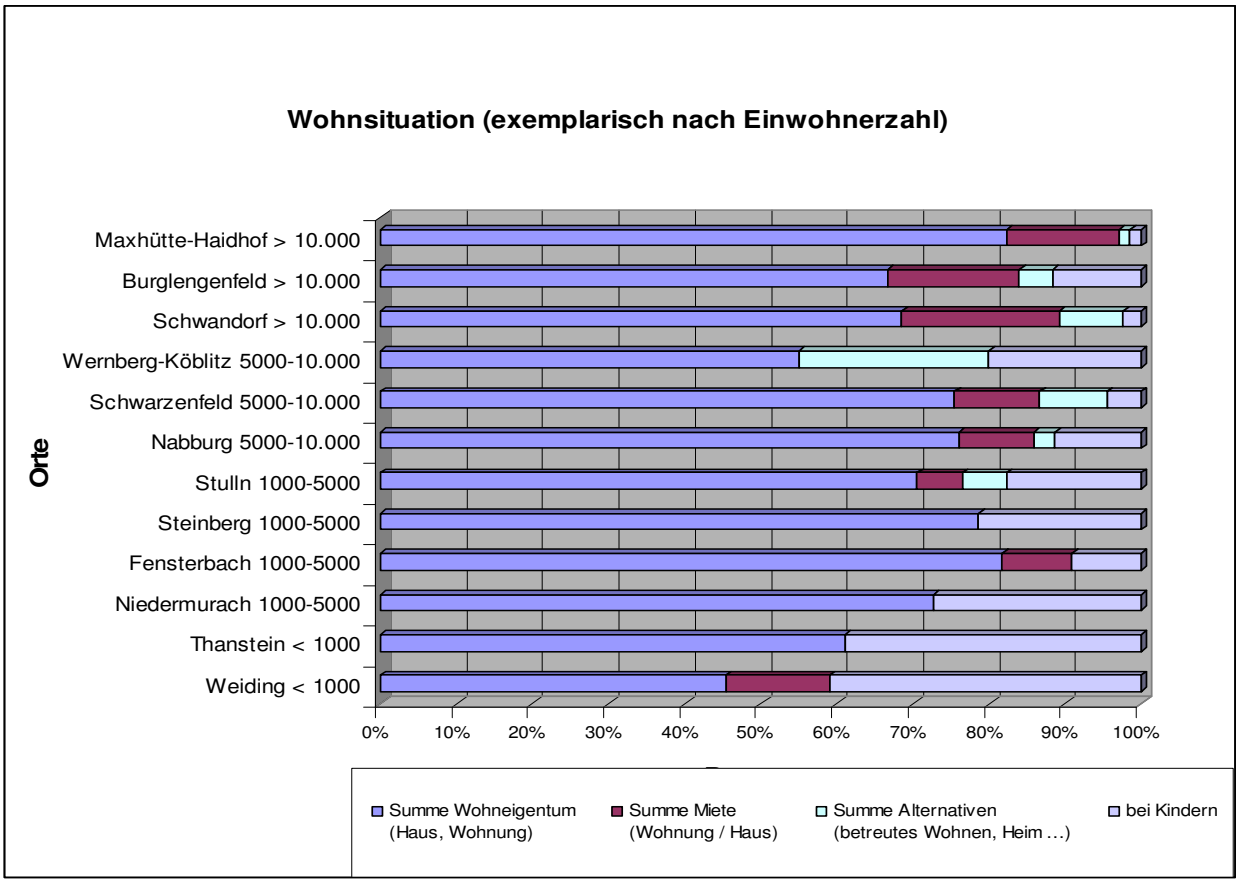
Kategorie	**Anzahl der Nennungen**
Klagen über fehlende finanzielle Mittel und hohe Preise / Abgaben (Nebenkosten, Zuzahlungen usw.)	4
Fehlende Verkehrsanbindung und unzureichende Möglichkeiten wegen der Entfernungen die tägliche Versorgung ohne fremde Hilfe bewerkstelligen zu können	20
Kinder sind nicht zur Stelle bzw. müssen immer herhalten	4
Lärm und unruhiges Umfeld (Verkehr)	4
Kurzzeitpflege / Betreutes Wohnen fehlt und bessere ärztliche Versorgung	7
Straßenunebenheiten (Kopfsteinpflaster als Mobilitätseinschränkung)	3
Gesundheitszustand (seelisch und physisch)	3
Unzureichende Informationen für Senioren	2
Einzelnennungen, z.B. mehr Freizeitmöglichkeiten, mehr Verständnis für Senioren, weniger arbeiten müssen, weniger Behörden-Schikane	jeweils 1

Die offenen Antworten bringen bei all denen, die unzufrieden sind, noch einmal deutlich zum Ausdruck, wie wichtig den Senioren ist, sich selbständig versorgen zu können und sich versorgt zu wissen: Eine unzureichende verkehrstechnische Anbindung oder erhebliche Hindernisse, die mobilitätseinschränkend wirken, werden als belastend empfunden. Finanzielle Engpässe, aber auch eine fehlende Pflegeinfrastruktur bereitet den Befragten ebenso Sorgen wie ein nicht adäquates Umfeld.
Befragte ohne Kinder sind mit ihrer Lebenssituation um ca. 3 % unzufriedener als der Durchschnittswert. Ebenso sind Befragte, die Kinder am Ort haben leicht (ca. 2 %) zufriedener als solche, deren Kinder außerhalb des Landkreises wohnen. Bemerkenswert ist, dass das Alter der Befragten keinen nennenswerten Einfluss auf die Zufriedenheit mit der Lebenssituation hat. Im Gegenteil: Die Befragten im Alter von 60 bis 65 weisen eine leicht höhere Unzufriedenheit auf als die 80-jährigen.
In die Bewertung der eigenen Lebenssituation fließen viele Faktoren ein. Möglicherweise sind der Übergang von der aktiven Erwerbszeit in die Nacherwerbsphase und die Begleiterscheinungen für den sozialen Nahraum aufregender als die Akzeptanz der mit dem Alter eintretenden Verengung des Aktionsradius – bei gegebener ausreichender Betreuung.

3. Bezug zur Kommune und Wohnsituation

40,06 % der Befragten wohnen seit Geburt und 54,71 % länger als 10 Jahre in ihrer Gemeinde / Stadt. Insgesamt nur 5,24 % lebten kürzer als 5 Jahre (2,62 %) und zwi-

schen 5 und 10 Jahren (2,62 %) in der Kommune. Personen, die erst seit weniger als 5 Jahren an einem Wohnort leben, sind häufiger in den größeren Orten und Städten anzutreffen. Es gibt ca. 15 Kommunen, die kleiner als 5000 Einwohner sind, aus denen nur Personen an der Studie teilgenommen haben, die über 10 Jahre oder seit ihrer Geburt am jetzigen Wohnort leben. Bei den befragten Personen über 60 handelt es sich also vorwiegend um „Einheimische", von denen ausgegangen werden kann, dass sie einen intensiven lokalen Bezug haben. 8 Fragebögen konnten bei dieser Frage nicht in die Auswertung aufgenommen werden (n = 1453).
Die regionale Verankerung spiegelt sich auch in der Wohnsituation der Befragten (n = 1458, 3 ohne Angabe) wider. 57,61 % wohnen in einem eigenen Haus, 17,42 % in einer eigenen, 8,23 % in einer gemieteten Wohnung und 11,66 % bei den Kindern. Insgesamt 86,69 % der Befragten verbindet Wohneigentum mit ihrer Kommune (eingerechnet sind diejenigen, die bei den Kindern wohnen): ein Indiz dafür, dass sie dort verwurzelt sind. 1,78 % der Befragten leben in einem Haus zur Miete und 0,62 % zur Untermiete. 2,33 % der Befragten leben in einem Seniorenheim und 0,34 % im betreuten Wohnen (z.B. in Schwandorf, Guteneck, Altendorf).
In kleineren Kommunen (bis 5000 Einwohner) leben die Befragten tendenziell überdurchschnittlich oft mit ihren Kindern zusammen unter einem Dach. Dass andere Personen mit den Befragten zusammen wohnen, ist dagegen in den Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern öfter vorhanden. Ebenso sind Allein Lebende stärker in den Städten konzentriert. Dies hängt im Wesentlichen mit der Tatsache zusammen, dass Betreutes Wohnen und Seniorenwohnheime/ -pflegeheime vorwiegend in größeren Orten angesiedelt sind. Nachfolgende Tabelle verdeutlicht an ausgewählten Orten, dass tendenziell Wohneigentum und bei den Kindern Wohnen in ländlichen Gebieten (noch) häufiger vertreten ist. Zur Miete wohnen bzw. einer betreuten Seniorenwohnung / einem Seniorenheim zu leben, bleibt weitgehend auf größere Orte beschränkt.



62,11 % der über 60jährigen leben mit ihrem (Ehe-)Partner zusammen und 29,29 % wohnen mit den Kindern zusammen. 24,08 % leben alleine und 5,76 % leben mit anderen Personen in einer Wohnung/Haus. Von den 1461 Fragebögen haben 20 die Frage nicht beantwortet. Die Frage erlaubte Mehrfachantworten, so dass insgesamt 1747 Antworten vorhanden sind. In der Hauptsache traf dies auf Kombinationen zu wie z.B. alleine lebend mit Kindern unter einem Dach bzw. dass Kinder und Eltern in zwei Haushalten unter einem Dach wohnen.

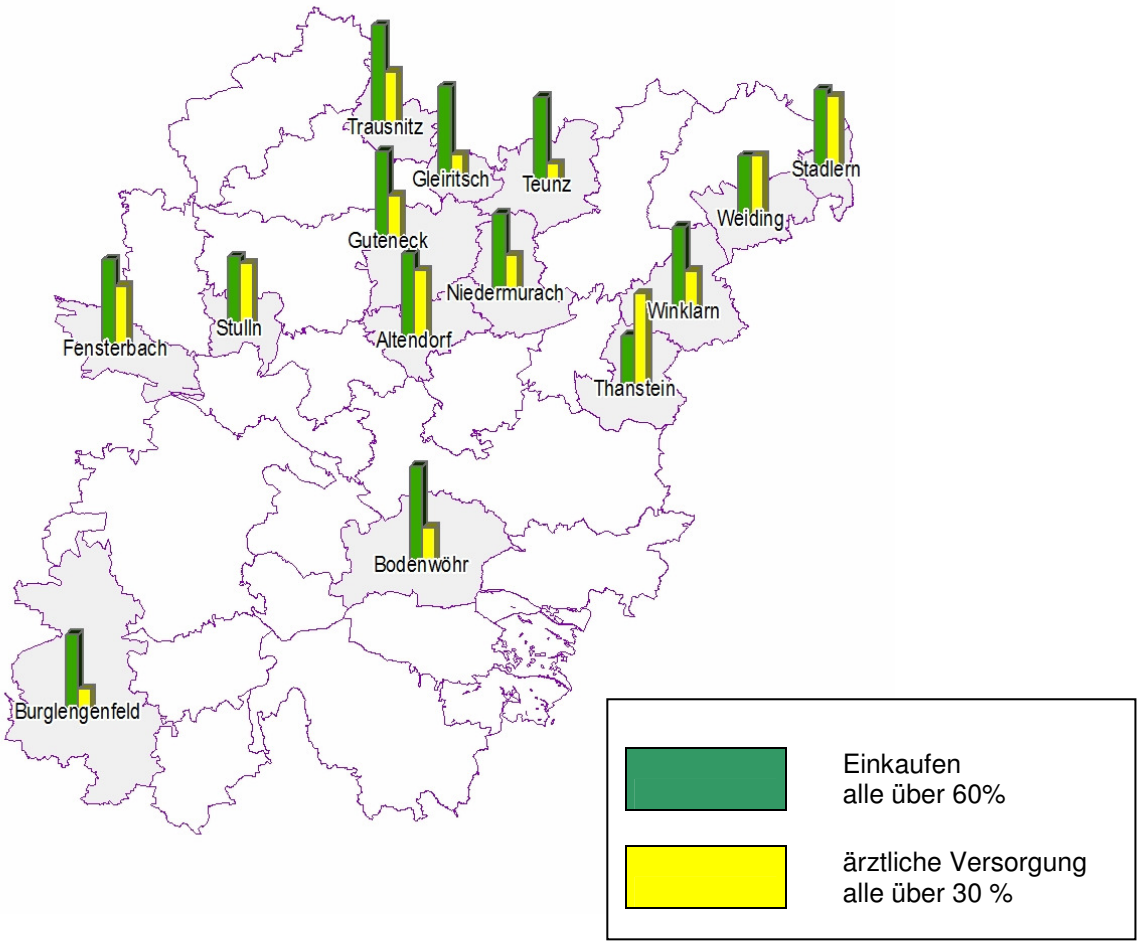
4. Mobilitätshilfen und Altersangemessenheit der Wohnverhältnisse

Auf die Frage, welche Mobilitätshilfen benutzt werden, haben 1412 geantwortet (49 Fragebögen enthielten zu dieser Frage keine Angaben). Von der Möglichkeit der Mehrfachnennung haben also eher wenige Gebrauch gemacht (1487). 77,05 % benötigen zum Zeitpunkt der Befragung noch keine Hilfsmittel. 17 % benutzen einen Gehstock, 7,93 % einen Rollator und 3,33 % den Rollstuhl. Regionale Unterschiede bei der Benutzung von Hilfsmitteln sind nicht zu erkennen.
Die hohe Anzahl derer, die für ihre Mobilität noch keine Hilfsmittel benötigen, kann als eine Ursache für die entsprechend hoch ausfallende Prozentangabe derer betrachtet werden, die mit den baulichen Gegebenheiten in ihrem Haus oder ihrer Wohnung keinerlei Schwierigkeiten haben. 7,93 % (n = 1367, 94 ohne Angabe) antworten, dass sie sich gut zu Recht finden. 15,95 % klagten jedoch über Schwierigkeiten. Bezogen auf die jeweiligen Altersstufen ist eine deutliche Tendenz der Steigerung mit altersun-

angepasstem Wohnraum zu erkennen: Die 60- bis 70-jährigen liegen ca. 2 % unter den o.g. Durchschnittswerten, haben also weniger Probleme mit den baulichen Gegebenheiten. Die 70- bis 80-jährigen liegen leicht über dem Durchschnittswert (16,5 % gegenüber dem Durchschnittswert von 15,9 %). Bei den über 80-jährigen klagen bereits 21,4 % über baulich bedingte Schwierigkeiten in ihrer Wohnung oder ihrem Haus. Von den 218 Antworten auf die offene Frage nach der Art von Schwierigkeiten nannten allein 110, dass sie Probleme mit den Treppen und Stufen hätten, die im und um das Haus und die Wohnung vorhanden sind und die Mobilität bereits erschweren oder für die Zukunft als nachteilig gesehen werden. Schwellen wurden als weitere Hindernisse ca. 30 Mal eigens genannt. Ca. 60 Anmerkungen beziehen sich darauf, dass das Bad zu klein, zu eng oder schlecht zu erreichen sei. Daneben wurden weitere Hindernisse angemerkt, die sich im Bad ergeben (z.B. mit der Dusche, der Wanne, mit der Toilette usw.). Die restlichen Nennungen sprechen Aspekte von nicht behindertengerechten Wohnungen an, wie z.B. zu enge Türen, ungeeignete sanitäre Anlagen. Einzelne Aussagen beklagen den schlechten baulichen Zustand insgesamt (z.B. fehlende Heizung, undichte Fenster). Vereinzelte Aussagen beziehen sich auf den Lärm in der Umgebung, auf unebene Wege, auf den zu leistenden Winterdienst oder die Gartenarbeit, die beschwerlich ist / wird bzw. die zu große Fläche von Wohnung und Haus. Ebenfalls einige wenige Aussagen beinhalten, dass Waschen, Aus- und Anziehen ein Problem sind bzw. dass sich aufgrund von Schwerbehinderung oder anderer körperlicher Beeinträchtigungen eine Fülle an Hürden ergeben hätten.
Mit Blick auf die Zukunft erscheint den Befragten trotz der weitgehend noch uneingeschränkten Mobilität (77,05 % nutzten zum Befragungszeitraum noch keine Hilfsmittel) die Wohnsituation dennoch suboptimal. Aus den 1021 verwertbaren Fragebögen (440 ohne Angaben) ergaben sich 1636 Nennungen (Mehrfachantworten waren möglich). Über die Hälfte der Befragten (51,03 %) stimmte der Aussage zu, dass ihre Wohnung nicht altersgerecht sei und 48,58 % waren sich bewusst, dass Einkaufsmöglichkeiten in der nahen Umgebung fehlen würden. Für 26,15 % gilt die ortsnahe ärztliche Versorgung als nicht sicher gestellt. Haushaltsnahe Dienstleistungen sind oder würden für 21,74 % nicht ausreichend vorhanden sein.
Wenn die Befragten auch weiterhin an ihrem jetzigen Wohnort bleiben wollen, so sind bei den nicht-altersadäquaten Wohnräumen keine spezifischen regionalen Besonderheiten zu erkennen. Sie sind auf dem Land genau vorhanden wie in den Städten und es gibt ortsspezifische Abweichungen sowohl in kleinen wie in größeren Gemeinden. Den haushaltsnahen Dienstleistungen wird insgesamt weniger Wert beigemessen. Regionalspezifische Abweichungen sind nicht auffallend. Ein deutliches Stadt-Land-Gefälle ist jedoch bei der Einkaufsmöglichkeiten und der ärztlichen Versorgung nachzuweisen. In der nachfolgenden Zusammenstellung wird der in die Zukunft projizierte Versorgungsengpass für den Fall, dass der jetzige Wohnort beibehalten wird, deutlich.

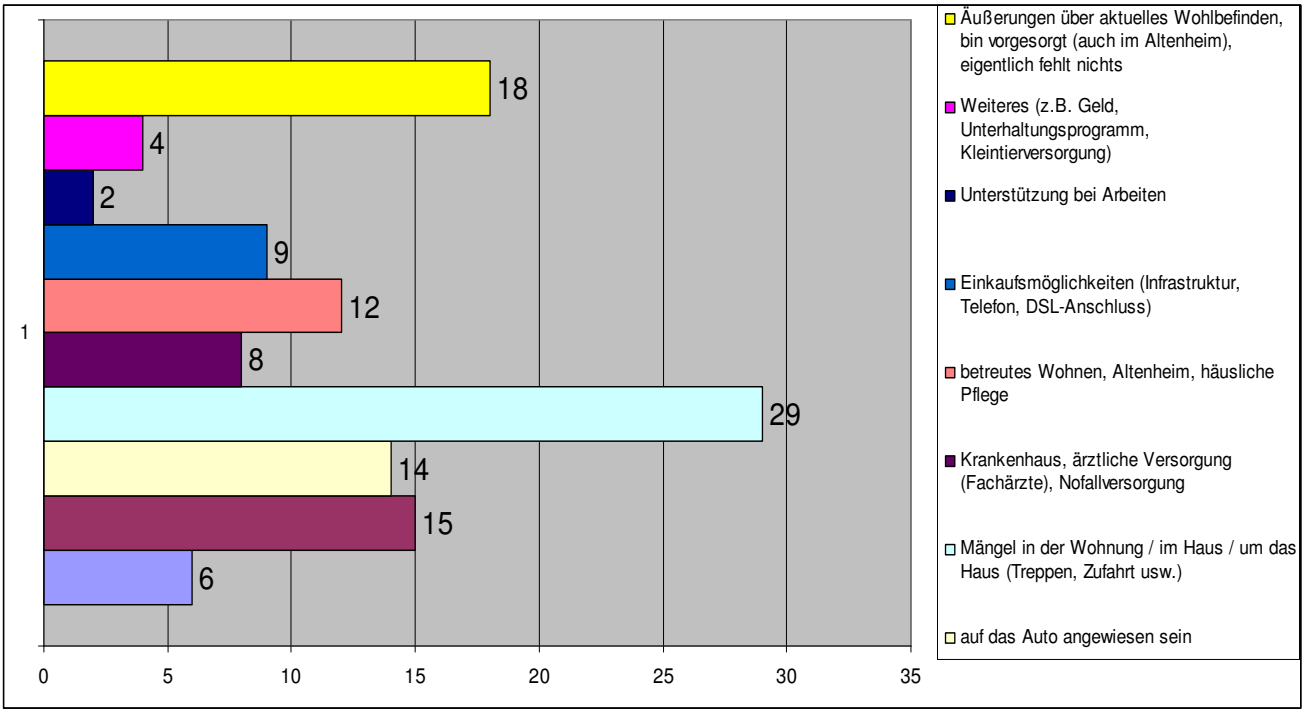
Lücken in den Versorgungs-Dienstleistungen (ausgewählte Gemeinden: Stadt-Land)

Gemeinde	Einkaufen alle über 60 %	ärztliche Versorgung alle über 30 %
Durchschnitt	**48,58%**	**26,15%**
Altendorf	75%	60%
Gleiritsch	80%	20%
Guteneck	76,92%	38,46%
Stadlern	68,75%	62,50%
Thanstein	45,45%	81,82%
Trausnitz	88,24%	47,06%
Weiding	53,85%	53,85%
Bodenwöhr	84,62%	30,77%
Fensterbach	76,47%	52,94%
Niedermurach	68,42%	31,58%
Schwarzach bei Nabburg	94,44%	27,78%
Steinberg	66,67%	0
Stulln	62,50%	56,25%
Teunz	75%	16,67%
Winklarn	72,22%	33,33%
Burglengenfeld	66,67%	18,75%



Die Tabelle listet alle Kommunen auf, die entweder bei Mängeln bei den Einkaufsmöglichkeiten mehr als 60% Zustimmung erhalten haben bzw. / oder aber bei der ärztlichen Versorgung bei über 30 % liegen. Alle Kommunen bis 1000 Einwohner fallen darunter. Von den 15 Gemeinden, die zwischen 1000 und 5000 Einwohner haben, sind 8 Gemeinden betroffen. Von allen Kommunen, die über 5000 Einwohner haben, ist nur Burglengenfeld vertreten, da dort die Einkaufsmöglichkeiten als nicht opportun für das Alter eingeschätzt werden.

Die 133 (13,03 %) offenen Antworten geben Einblick in einige weitere sonstige Angaben zu dieser Frage über das, was „fehlt".



Die Antworten auf die Frage nach der Bereitschaft, die eigene Wohnsituation den Anforderungen des Alters anzupassen, lassen ein großes Streben nach Sicherheit erkennen. Obwohl Konjunktiv-Fragen und Fragen über die Zukunft schwer zu beantworten sind, haben 950 Personen insgesamt 1147 Antwortitems angekreuzt (Mehrfachantworten waren möglich). 511 Fragebögen enthielten keine Angaben. 35,58 % Befragte können sich vorstellen, dass die Wohnung durch geeignete Maßnahmen altersgerecht ausgerüstet werden könne. Bei diesen Personen kann davon ausgegangen werden, dass sie in einer eigenen Immobilie leben. Ferner ist anzunehmen, dass es für diese Personen wichtig ist, in der eigenen Umgebung bleiben zu können. 40,95 % stimmen der Aussage zu, bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit in ein „betreutes Wohnen" umzuziehen. Der Zusatz „bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit" dürfte die Zustimmung zu dieser Aussage erleichtert haben. 31,37 % können sich vorstellen, in einer Haus- oder Wohngemeinschaft mit mehreren Generationen zu leben, während nur 12,84 % eine Haus- oder Wohngemeinschaft mit Gleichaltrigen für denkbar hält.

Alle Befragten zeigen ein sehr hohes Bewusstsein darüber, dass die Wohnung für das Alter nicht passend ausgestattet ist bzw. für das Alter umgebaut oder nachgerüstet werden muss. Mit einer Umbaumaßnahme die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, um in der angestammten Wohnung zu bleiben, wird bei den Befragten aus den drei Städten mit über 10.000 Einwohnern auffallend unterdurchschnittlich in Erwägung gezogen. Vielleicht hängt dies mit den Eigentumsverhältnissen, mit der Lebenssituation (z.B. mehr allein Lebende sind in den Städten) und mit den Alternativen (z.B. Umzug in eine Senioreneinrichtung) zusammen. Regional differenziert erhält mit einer Ausnahme für alle kleinsten Orte (bis 1000) und für die Hälfte der Orte mit bis zu 5000 Einwohner das Mehrgenerationenwohnen eine überdurchschnittliche Zustimmung. Das Betreute Wohnen und die Wohngemeinschaft mit Gleichaltrigen lässt keine Stadt-Land-Unterschiede erkennen.
Bei der Beantwortung können mehrere Faktoren eine Rolle gespielt haben: Zum einen ist das „betreute Wohnen" zwischenzeitlich soweit bekannt, dass es als Alternative im Falle von eintretendem Verlust an Selbstständigkeit in die engere Auswahl gezogen wird. Zum anderen scheint das Zusammenleben der Generationen in der eigenen Immobilie in einem ländlich strukturierten Gebiet häufiger vorhanden zu sein bzw. als Wohnform von den Älteren in Betracht gezogen zu werden. Dies könnte vor allem für diejenigen Befragten, die ein eigenes Haus besitzen als „einfachere" Variante erscheinen, da sie nicht mit einer Ortsveränderung verbunden ist.

5. Pflege und Pflegebedürftigkeit

89,55 % der befragten über 60jährigen sind bis zum Zeitpunkt der Befragung nicht pflegebedürftig nach dem SGB XI. 160 Personen machten zu dieser Frage jedoch keine Angaben (n = 1302). 5,76 % sind in die Pflegestufe 1, 2,38 % in die Pflegestufe 2 und 0,77 % in die Pflegestufe 3 eingeordnet. Für weitere 1,61 % ist eine Pflegestufe beantragt.
Auf die Frage, wer bei einer bereits erforderlichen Unterstützung bzw. einer vorhandenen Pflegebedürftigkeit diese Dienstleistung erbringt, haben nur 780 Personen geantwortet (681 Fragebögen enthielten zu dieser Frage keine Angaben). Die Frage erlaubte Mehrfachnennungen, so dass insgesamt 1045 Items vorhanden sind. Die Antworten verteilen sich fast zu gleichen Teilen auf die (Ehe-) Partner/innen mit 50,64 % und die Kinder/Schwiegerkinder mit 50,77 %. Freunde und Nachbarn werden von 8,21 % als unterstützungsrelevant benannt. 14,23 % der Personen werden vom ambulanten Dienst bzw. von der Sozialstation mit Pflegedienstleistungen versorgt und 10,13 % kreuzen andere Quellen als hilfreich für die Unterstützung und Pflege an. Insgesamt 72 Fragebögen enthielten Ergänzungen, die zu nachfolgenden Kategorien zusammengefasst wurden:

Kategorie	**Anzahl der Nennung**
Verwandtschaft (Geschwister, Kinder, Enkel, Nichten/Neffen, Schwiegerkinder)	21
Pflegedienst, Menüdienst, familienentlastende Dienste	12
Pflegepersonal (stationär)	18

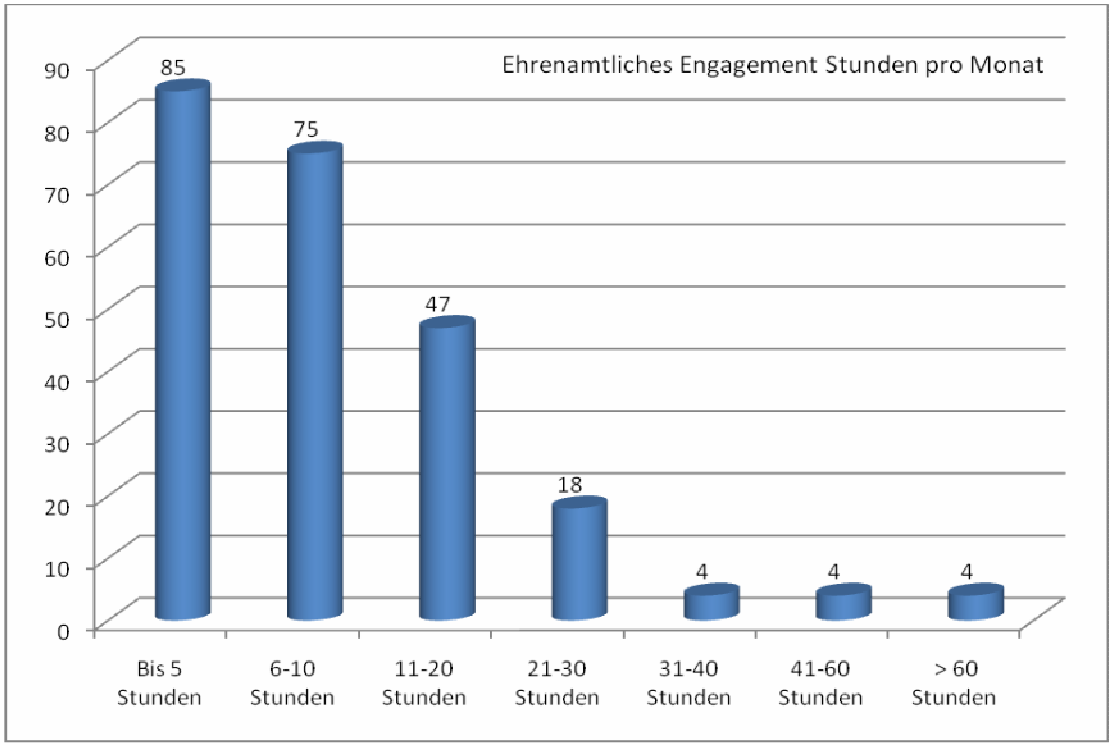
Zugehfrau	6
Nachbar, Vermieter, Untermieter u.a	4
Arzt und Krankenhaus	3
Betreuer	1
Andere (Rente, Landratsamt, Seniorenplan, Wohngeld)	6
Niemand	5

Sieht man davon ab, dass die Kategorien „Kinder/Schwiegerkinder" sowie „Pflegedienst/Sozialdienst" bereits bei den geschlossenen Fragen enthalten waren und „niemand" als Unterstützung auf Missverständnisse beim Ausfüllen zurück zu führen sein muss, so unterstreichen diese Nennungen noch einmal die Bedeutung dieser Ressourcen. Zudem wird aber für die in stationären Einrichtungen lebenden Senioren die Bedeutung des Pflegepersonals sichtbar. Daneben werden weitere Quellen aus dem sozialen Umfeld (Zugehfrau, Vermieter) wie auch aus dem Hilfssystem offenbart.

6. Ehrenamtliches Engagement

1217 Personen haben auf die Frage nach ihrem ehrenamtlichen Engagement geantwortet (244 Angaben fehlen). Insgesamt 64,83 % der Befragten geben an, kein Interesse an einem ehrenamtlichen Engagement zu haben. 10,44 % sind zum Befragungszeitpunkt nicht ehrenamtlich tätig, signalisieren aber ihre Bereitschaft dazu. Und 24,82 % sind ehrenamtlich aktiv. Diese Durchschnittswerte sind mit kleinen Abweichungen zu Ungunsten einer ehrenamtlichen Aktivität nahezu identisch mit denen derjenigen Befragten, die bisher keiner Pflegestufe angehören. Leichte regionale Unterschiede lassen sich insofern erkennen, als in kleineren Gemeinden die Antworten deutlicher ausfielen, d.h. die Befragten sind entweder bereits engagiert oder möchten dies nicht. Sie signalisieren weniger potenzielle Bereitschaft. Aufgrund der Übersichtlichkeit der kleineren Orte kennen die Befragten die Engagementbereiche und haben sich dafür oder dagegen entschieden. Die ausgeprägten sozialen Kontakte in überschaubaren Dorfgemeinschaften lassen den Wunsch nach ehreamtlicher Betätigung aus Kontaktmotiven heraus nicht zum Tragen kommen. In größeren Gemeinden und Städten fehlt den Bürgern häufig die Kenntnis darüber, wo ehrenamtliche Betätigung erwünscht und möglich ist.
Die ehrenamtlich aktiven Befragten konnten den Umfang ihrer Tätigkeit angeben. Insgesamt haben 255 Personen die Quantität zu beschreiben versucht, wobei manche Aussagen (z.B. nach Bedarf, viele Stunden, seit Jahren) in der nachfolgenden Grafik nicht berücksichtigt werden konnten.

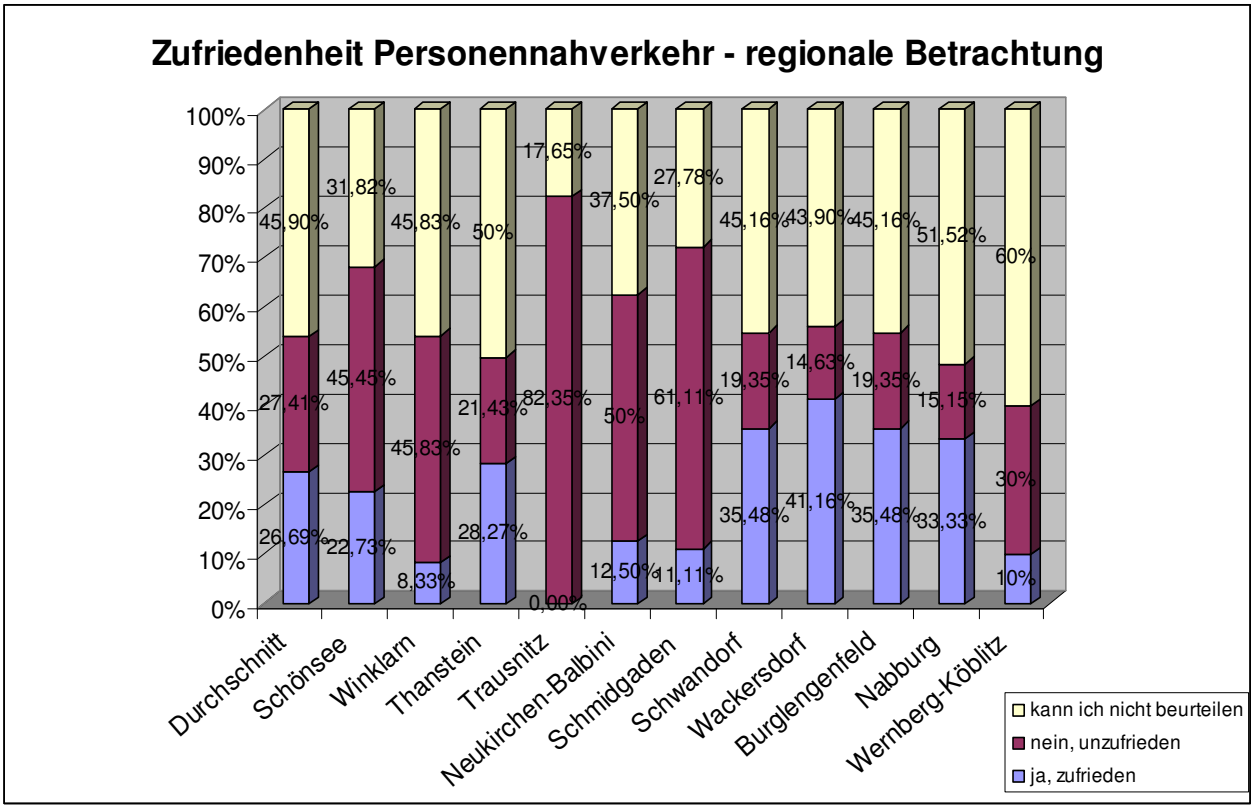
Die Grafik signalisiert, dass sich das Gros der Befragten bis zu 10 Stunden pro Monat freiwillig für ein Ehrenamt zur Verfügung stellt. Über 30 Stunden pro Monat gehört bereits zu den Ausnahmen, wobei ein Ausreißer mit 140 Stunden pro Monat dabei ist. Vereinzelt wurden anstatt quantitativer Aussagen Angaben zur Art des Engagements gemacht (z.B. für die KAB, als Mesner, VDK, KFB, OGV, Gemeinde, Kirche, Kirchenchor, Sportverein, Hegewart, Seniorenarbeit).



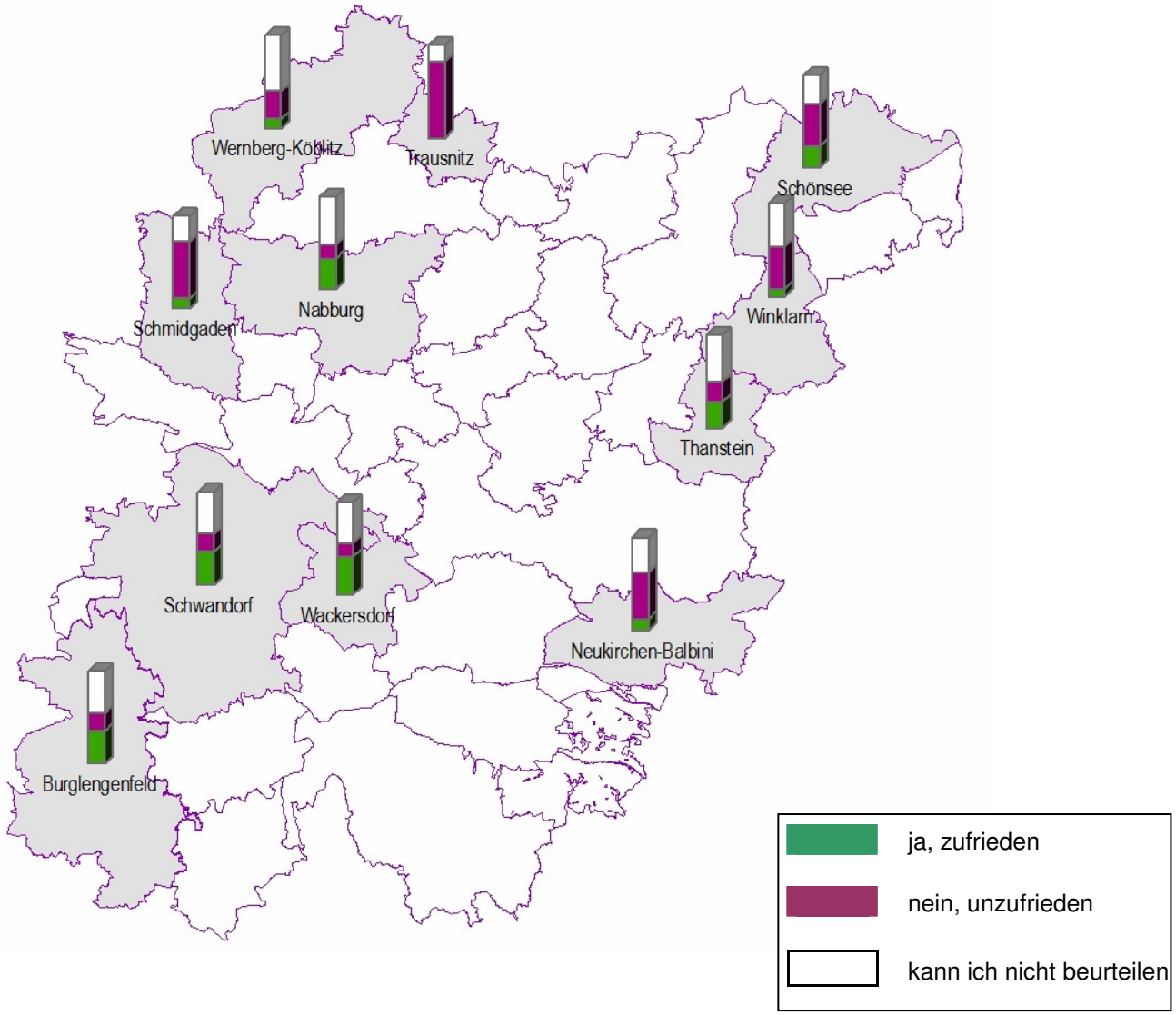
Eine Aussage darüber, dass in kleineren Kommunen mehr über 60-jährige Menschen ehrenamtlich engagiert sind als in den Städten des Landkreises, lässt sich nicht ableiten. Jedoch ist zu erkennen, dass in den drei Städten mit über 10.000 Einwohnern die ehrenamtlich Aktiven im Durchschnitt liegen, während vor allem in den Kommunen mit 1000 bis 5000 Einwohnern einige Spitzenreiter bei den ehrenamtlich Aktiven vertreten sind. Auffallend ist auch, dass Befragte, die unter 5 Jahre am Wohnort leben, weniger ehrenamtlich aktiv sind (17,2 % gegenüber ca. 25 % der über 5 Jahre Ansässigen) und eine deutlich höhere Bereitschaft zu erkennen geben, sich ehrenamtlich betätigen zu wollen (24,1 % gegenüber 8 bis 10 % der länger Ortsgebundenen). Das Lebensalter mit den häufig einhergehenden körperlichen Einschränkungen bewirkt ein abnehmendes freiwilliges Engagement: Während die 60- bis 70-jährigen zu 31,7 % im Ehrenamt stehen, ist dies bei den 70- bis über 80-jährigen nur noch zu 19,5 % der Fall. Und auch die Absichtserklärung auf die Übernahme eines Ehrenamts nimmt mit zunehmendem Alter ab (60 bis 70 Jahre: 13,5 % gegenüber 70 bis über 80 Jahre: 8,2 %).

7. Beurteilung des öffentlichen Nahverkehrs

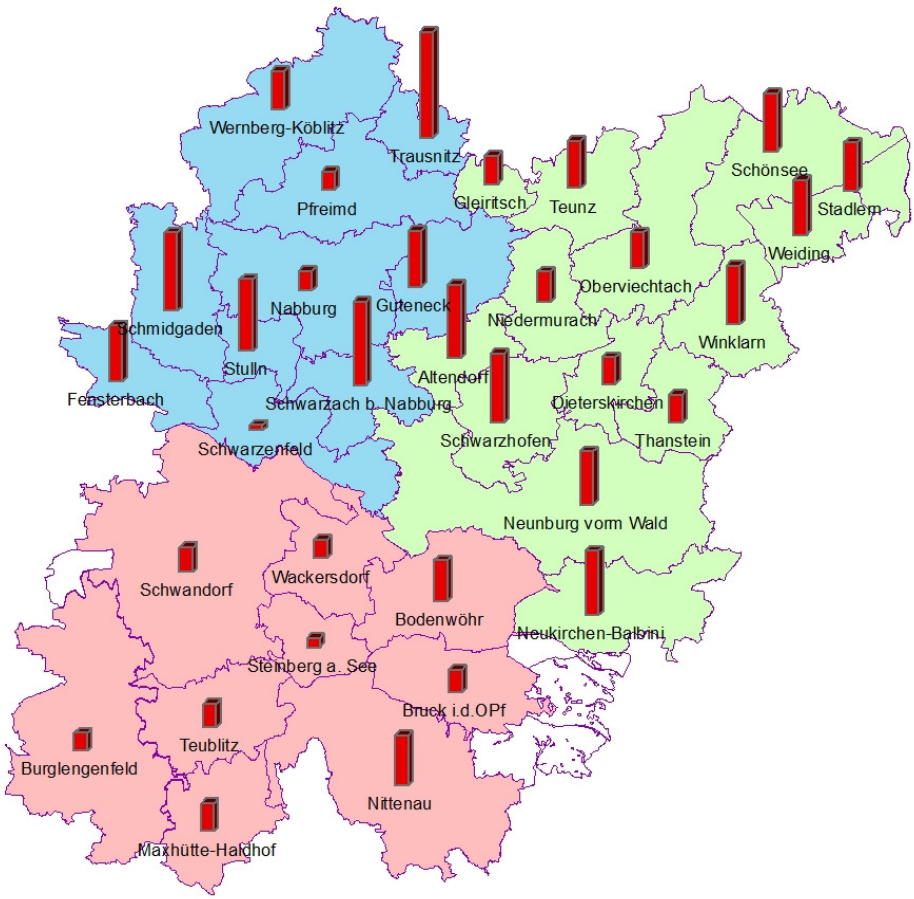
45, 90 % von 1379 Befragten (82 Fragebögen enthielten keine Angaben) gaben an, das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs nicht beurteilen zu können. Ob dies damit zusammen hängt, dass die Befragten ihn nicht kennen oder nicht nutzen, kann nicht abschließend beurteilt werden. 26,69 % geben an, mit dem öffentlichen Personennahverkehr zufrieden zu sein; 27,41 % dagegen sind unzufrieden.



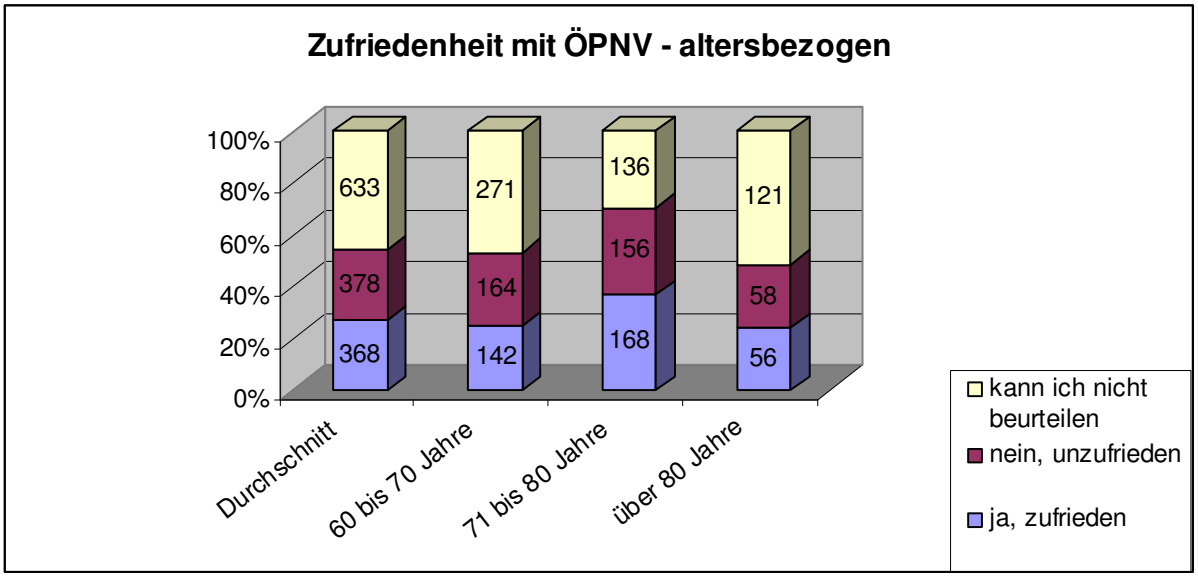
Die Grafik enthält, um den Stadt-Land-Unterschied zu verdeutlichen, einige ausgewählte kleinere Orte mit ländlichem Charakter sowie ausgewählte Städte. Die Anzahl der mit dem Personennahverkehr unzufriedenen Befragten ist in den ländlichen Gebieten deutlich ausgeprägter als in den Städten. Obwohl die Zufriedenheit mit dem Personennahverkehr in den Stadtgebieten größer ist, nutzt ihn bisweilen nur die Hälfte der Befragten.



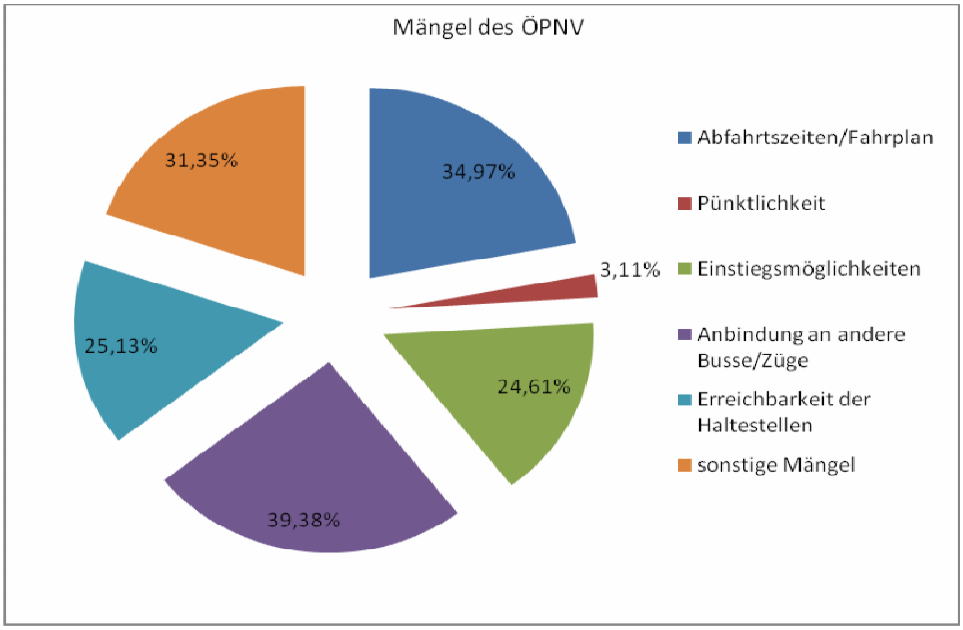
Die folgende Tabelle verdeutlicht die Unzufriedenheit mit dem öffentlichen Personennahverkehr in den drei Regionen. Das Ergebnis ist ein klares Signal, dass hier Handlungsbedarf besteht.



In der folgenden Grafik wurden 3 Altersgruppen (hier absolute Zahlen) gebildet. Die Gruppe der 70- bis 80-jährigen lässt sich als diejenige ausmachen, die den Nahverkehr am stärksten nutzt und nahezu zu gleichen Teilen zufrieden und unzufrieden ist. Die über 80-jährigen fahren weniger mit dem ÖPNV. Gründe dürften in der eingeschränkten Mobilität und in den Nachteilen zu suchen sein, die der Nahverkehr mit sich bringt. Bei den 60- bis 70-jährigen ist anzunehmen, dass sie weitgehend auf einen eigenen PKW zurückgreifen können.



Bei der Frage nach den Mängeln des ÖPNV waren 6 denkbare Ursachen vorgegeben und die Möglichkeit vorhanden, weitere Gründe zu benennen. 386 Personen haben insgesamt 612 Erklärungen für ihre Unzufriedenheit abgegeben. Im Durchschnitt hat jeder Unzufriedene also knapp 2 Ursachen angekreuzt. 1075 Fragebögen enthielten keine Angaben zu dieser Frage. Auffallend ist, dass sich die Zahl derer, die mit dem ÖPNV unzufrieden sind (378 = 27,41 %) und die Zahl derer, die die Frage nach den Mängeln des ÖPNV geantwortet haben (386) sehr ähnelt. Es könnte also davon ausgegangen werden, dass alle Unzufriedenen auch Angaben zu den Hintergründen ihrer Unzufriedenheit gemacht haben.
Die Verteilung der Mängel des ÖPNV sind in der folgenden Tabelle visualisiert: Die Anbindung an andere Busse/Züge bildet den negativen Spitzenreiter mit 39,38 % der Nennungen. Jeweils mit über 30 % fallen die Abfahrtszeiten/ der Fahrplan (34,97 %) und sonstige Mängel (31,35 %) ins Gewicht. Die Erreichbarkeit der Haltestellen (25,13 %) sowie die Einstiegsmöglichkeiten (24,61 %) sind mit jeweils über 20 % als Ursache für die Unzufriedenheit genannt. Eine nur marginale Rolle spielt die Pünktlichkeit (3,11 %).



Damit wird deutlich, dass für die unzufriedenen Befragten viel wichtiger ist, überhaupt mit öffentlichen Verkehrsmitteln mobil zu bleiben als dass sie sich Gedanken um deren Pünktlichkeit machen. Ein Blick auf die Größe der Orte verstärkt diesen Eindruck, denn Pünktlichkeit ist etwas, womit sich die Städte befassen. Viele Bewohner kleiner Orte bis 5000 Einwohner sehen darin kein Problem. Die Einstiegsmöglichkeiten werden in mehreren Gemeinden überdurchschnittlich negativ hervorgehoben, tendenziell wegen der stärkeren Versorgung in den Städten häufiger als in den Gemeinden. Die Anbindung an andere Busse/Züge ist speziell für die Ortsgrößen ab 1000 bis 10.000 Einwohner ein Problem. In den 3 größeren Städten wird dies unterdurchschnittlich bewertet. Für die kleinen Orte scheinen solche Ansprüche teilweise außerhalb ihres Erwartungshorizonts zu liegen. Ähnlich ist die Bewertung der Erreichbarkeit der Haltestellen zu interpretieren. Die Befragten in den oben angesprochenen Ortsgrößen, die sich auf den Personennahverkehr einstellen, erkennen Mängel in der Erreichbarkeit. Für ländliche

Gebiete ohne ausreichende Versorgung ist die Erreichbarkeit der Haltestelle nachrangig einzustufen.
Auf die offene Frage nach weiteren als den oben angeführten Mängeln, die im Zusammenhang mit dem Personennahverkehr zu erwähnen wären, antworteten nur 16 Personen, die bekundeten, dass sie „noch mit dem eigenen Auto unterwegs" seien und sich nicht qualifiziert äußern könnten.

8. Lieferdienste

Die 1378 Antworten (83 Fragebögen enthielten keine Angaben) zur Frage nach den Lieferdiensten von Handel und Apotheken verteilen sich wie folgt: 63,79 % nutzen sie nicht, 25,11 % nehmen sie in Anspruch und 11,10 % kennen keine Lieferdienste. Die Frage nach fehlenden Lieferdiensten erbrachte keine weiterführenden Hinweise. Die vereinzelten Anmerkungen bezogen sich auf deren Nichtvorhandensein verbunden mit dem Wunsch, für Senioren ebensolche einzurichten.
Beim Bekanntheitsgrad von Lieferdiensten ist ein leichter Unterschied zwischen kleinen Gemeinden und Städten festzustellen. In den Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern wird einerseits überdurchschnittlich oft angegeben, Lieferdienste nicht zu kennen. Andererseits werden sie jedoch im ländlichen Raum (bis zu 5000 Einwohner) stärker in Anspruch genommen als in den größeren Orten und Städten.
Die recht niedrig erscheinende Inanspruchnahme von Lieferdiensten lässt sich mit der in dieser Studie an mehrfacher Stelle deutlich gewordenen primären Unterstützung durch das familiäre Umfeld erklären. Untermauert wird diese Annahme, dass sich die Nutzung der Lieferdienste von Alleinlebenden und solchen, die mit Partner und Kindern leben, nicht unterscheidet. Dagegen gibt es einen spürbaren geschlechtsspezifischen Unterschied. 27,4 % der Frauen und 22,2 % der Männer nutzen Lieferdienste. Als mögliche Erklärungen für diese geschlechtsspezifische Nutzungsabweichung könnte die bei dieser Generation noch weniger vorhandene Fahrerlaubnis bei den Frauen ebenso in Betracht gezogen werden wie die Tatsache, dass es mehr alleinstehende Seniorinnen als Senioren gibt.

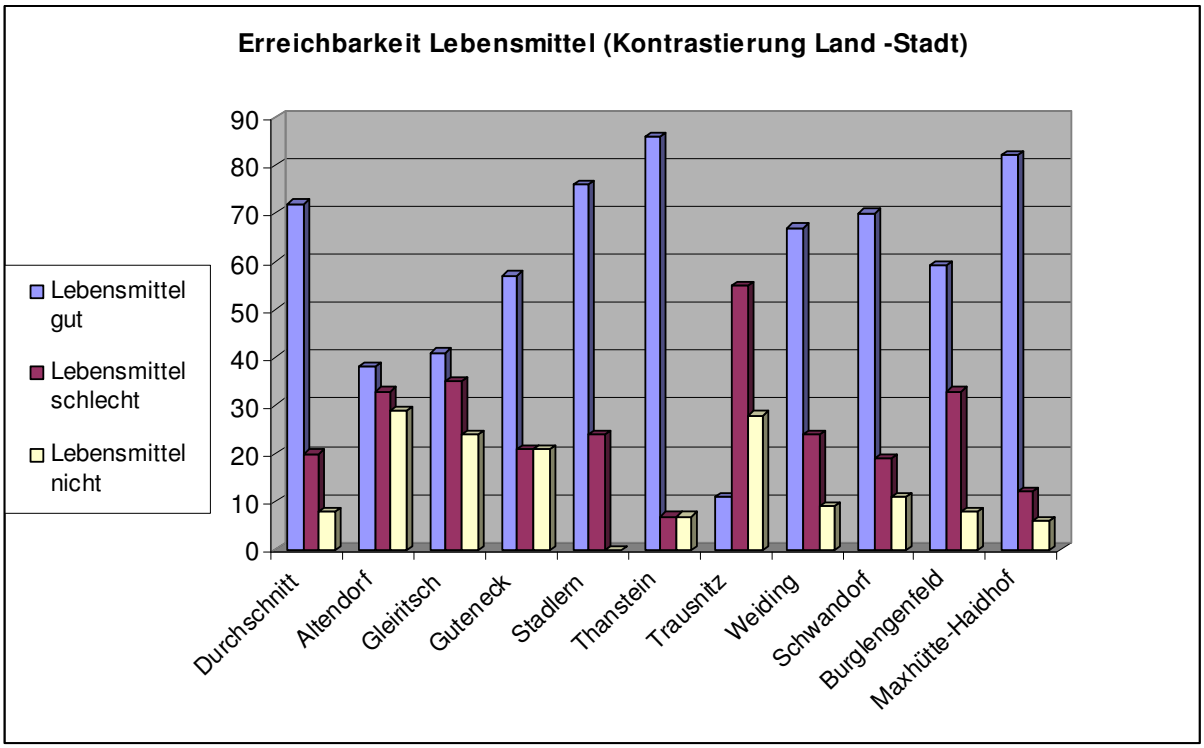
9. Erreichbarkeit von Einrichtungen

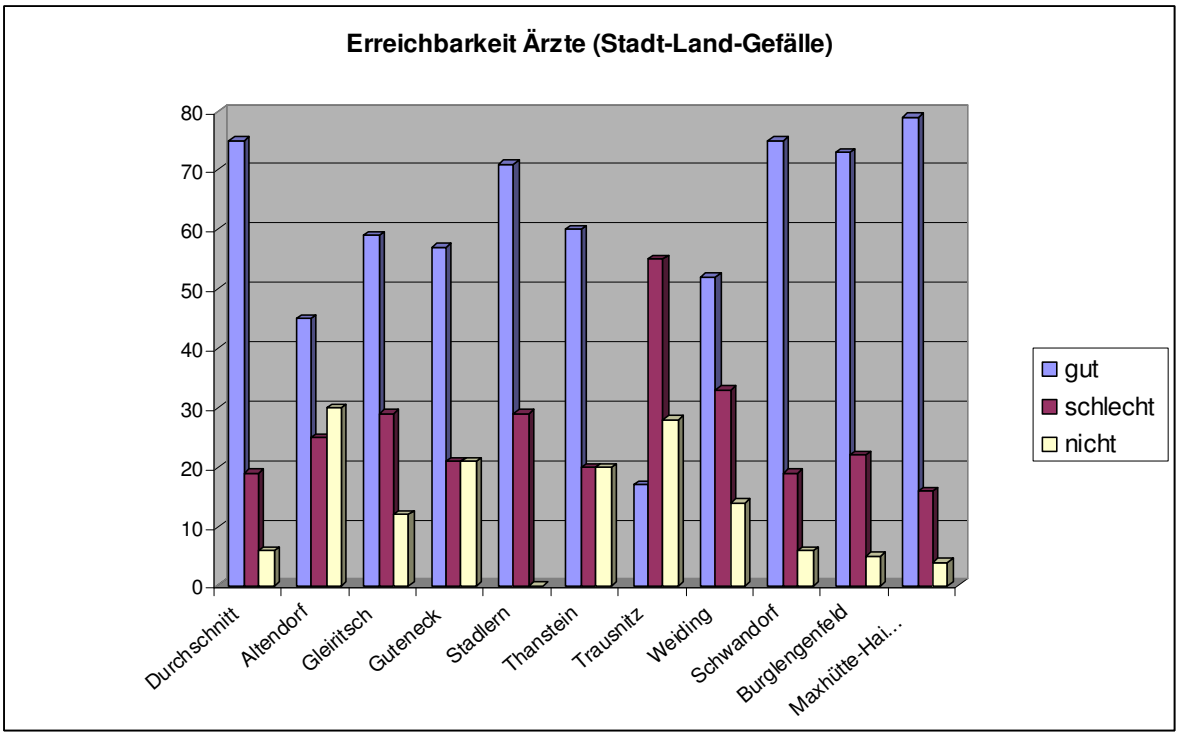
Menschen mit höherem Lebensalter, insbesondere im vierten Lebensalter, haben häufig kein eigenes Fahrzeug mehr. Um den täglichen Bedarf zu decken bzw. um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und eigene Angelegenheiten selbstständig erledigen zu können, ist es wichtig, dass die entsprechenden Einrichtungen auch erreichbar sind. Nachfolgende Tabelle präsentiert die Ergebnisse der Befragung im Überblick.

Art der Dienstleistungen	**gut erreichbar**	**schlecht erreichbar**	**für mich nicht erreichbar**
Lebensmittelgeschäft für Waren des täglichen Bedarfs	72,22 %	19,88 %	7,89 %
Ärzte und Apotheken	74,73 %	18,75 %	6,51 %
Bank/Sparkasse	78,35 %	15,73 %	5,92 %
Behörden	67,08 %	25,39 %	7,53 %

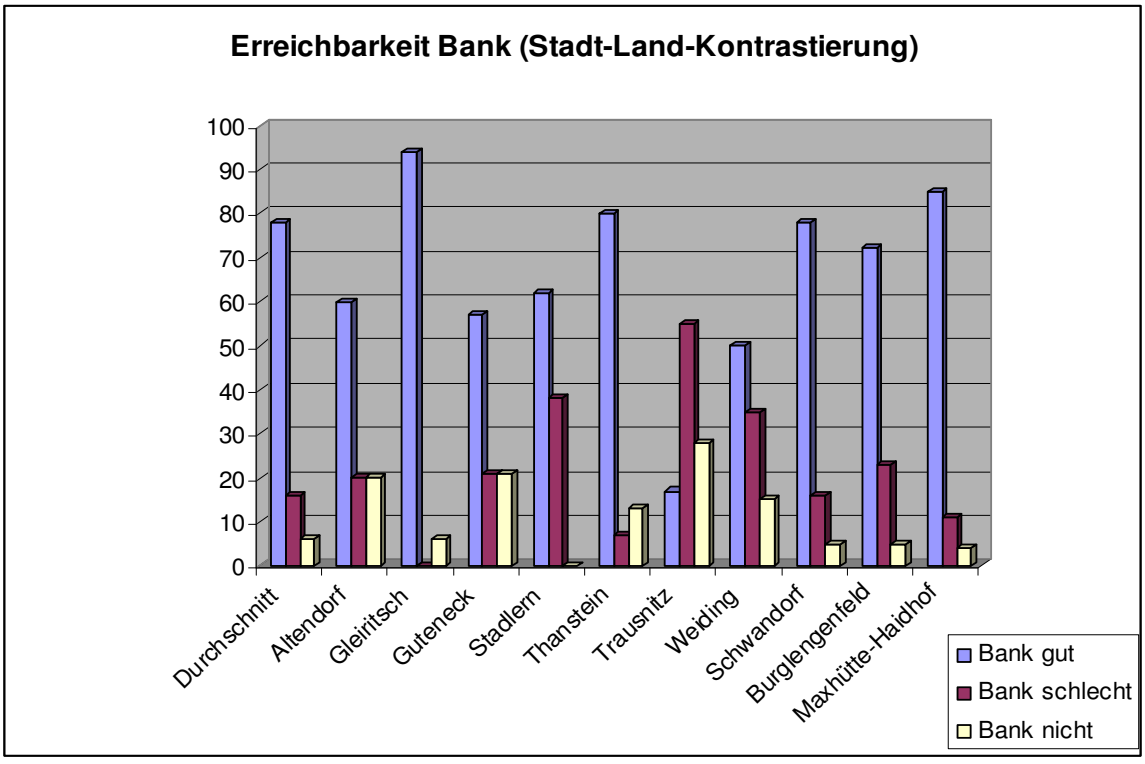
Gottesdienstbesuch	85,20 %	10,04 %	4,76 %
Sonstige Angebote, z.B. Friseur, Fußpflege, Krankengymnastik	75,74 %	18,60 %	5,66 %

Berücksichtigt man, dass für ca. knapp 10 % der Befragten eine Pflegestufe beantragt ist bzw. bereits eine Einstufung zwischen 1 und 3 vorgenommen wurde, so erklärt sich, dass für jeweils ca. 4 bis 7 % die angesprochenen Einrichtungen nicht erreichbar sind. Insgesamt scheinen die mobilen 3/4 der Befragten die meisten Dienste und Errichtungen durchaus erreichen zu können. Bemerkenswert ist, dass der Besuch des Gottesdienstes für die allermeisten möglich ist, während der Weg zu den Behörden mit am steinigsten ist. Die Tatsache, dass die Gemeinden „die Kirche noch stark im Dorf" belassen, schlägt sich hier nieder, während sich die Behörden auf die größeren Städte konzentrieren.
In den nachfolgenden Grafiken wird das Stadt-Land-Gefälle bei der Erreichbarkeit der einzelnen Versorgungsaspekte herausgearbeitet, indem die 6 kleinen Orte bis 1000 Einwohner den 3 Städten gegenübergestellt werden. Bei der Lebensmittelversorgung sind insbesondere Differenzen erkennbar, was die Höhe der Unerreichbarkeit für manche Bewohner anbetrifft.

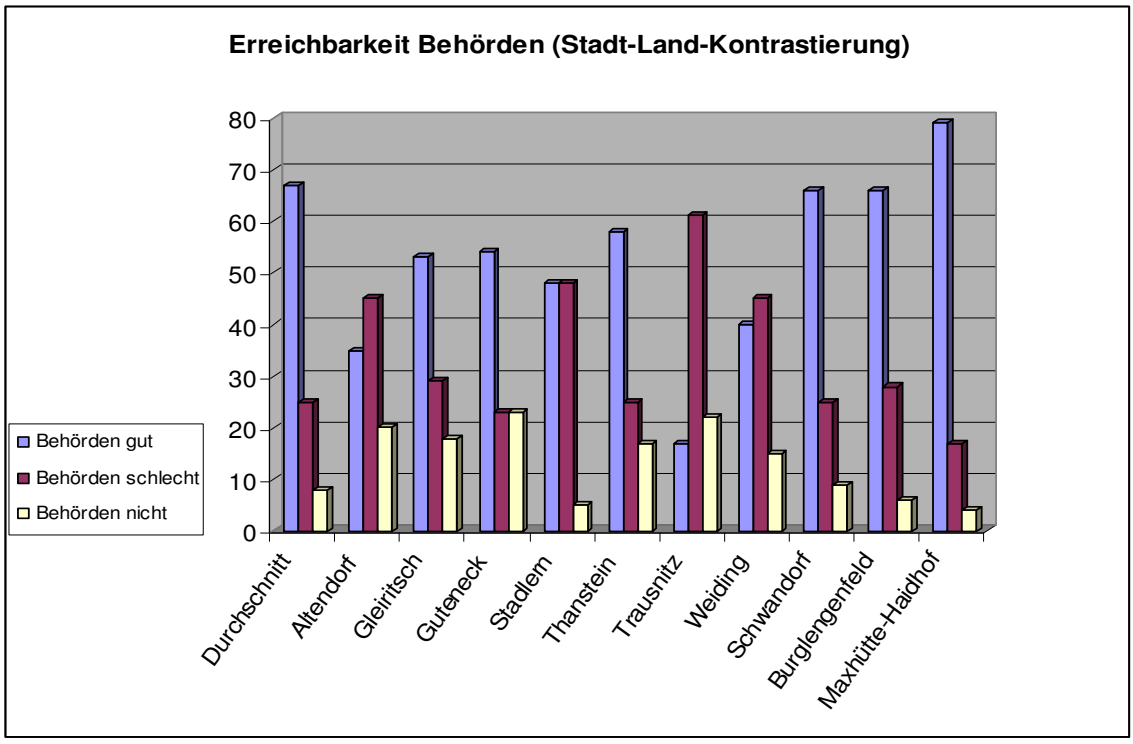




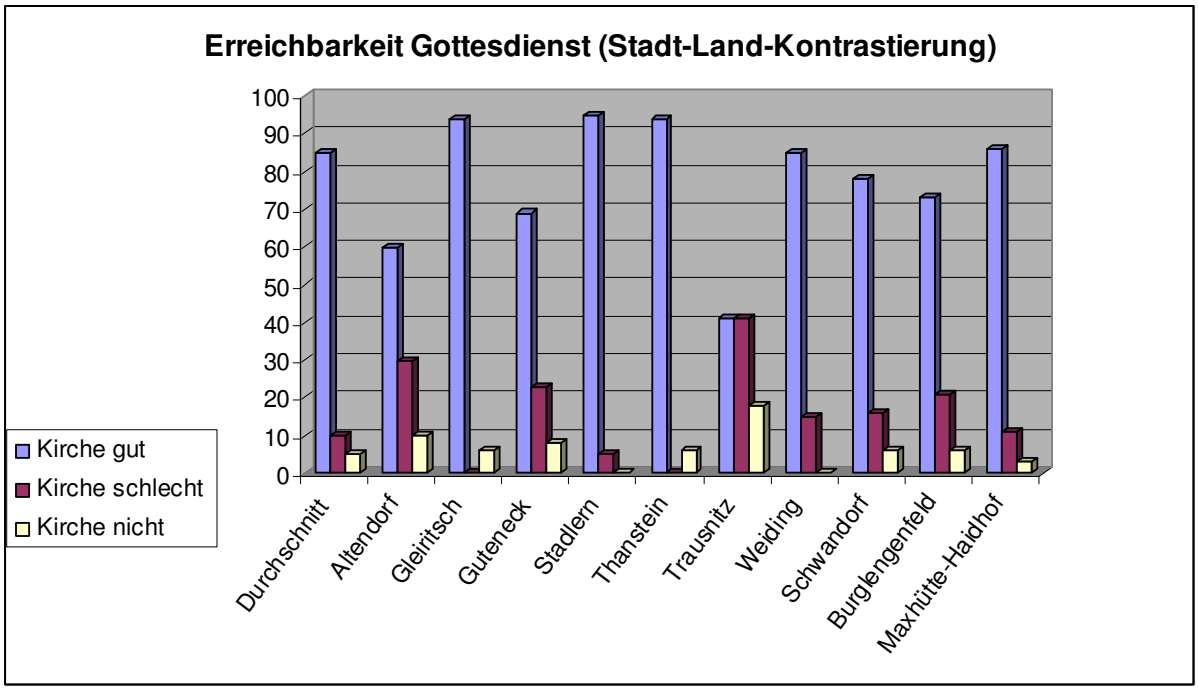
Ärzte, die für Senioren ein wichtiger Sicherheitsfaktor sind, sind in manchen Landgemeinden auch schlechter zu erreichen als es den Befragten Recht ist. Insbesondere ist die Anzahl derer, für die der Arzt aus eigener Anstrengung nicht zu erreichen ist, in den 3 Städten sehr gering.



Was für die Ärzte gilt, trifft in ähnlicher Weise auch für die Banken zu, wobei für die Banken z.T die Erreichbarkeit über 90 % liegt.



Behörden sind in den 3 Städten besser zu erreichen als für die Landbevölkerung. Die Zahl derer, die keine Chance hat, ohne Hilfe Behördengänge zu erledigen, ist in den kleinen Gemeinden überdurchschnittlich hoch.

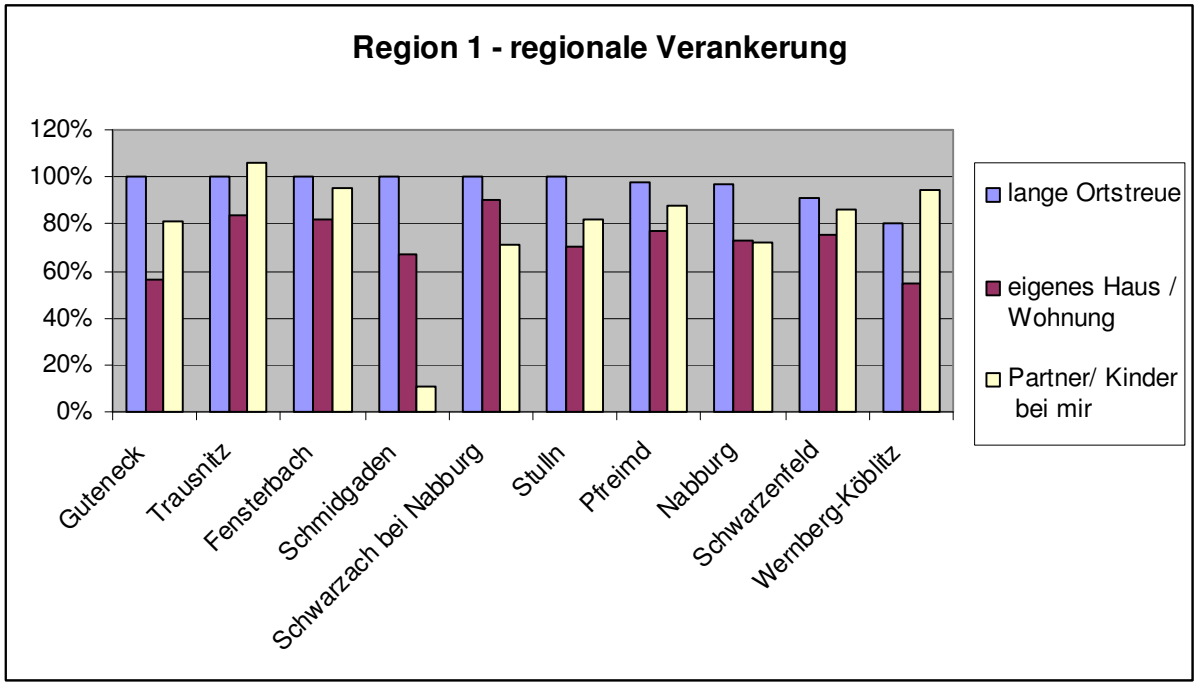


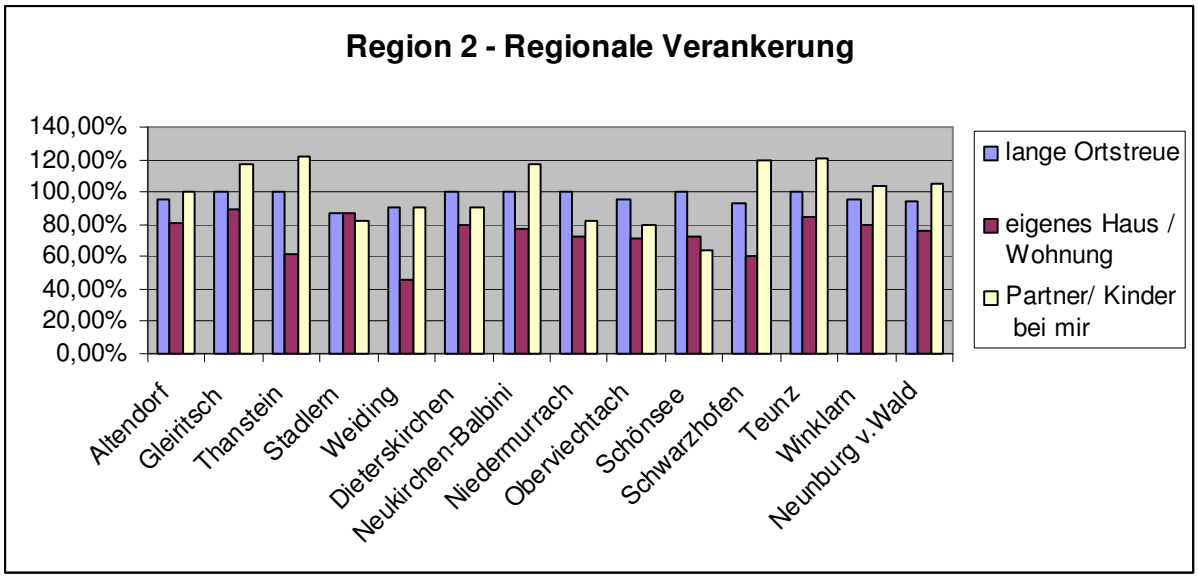
Gottesdienste sind für die Befragten auf dem Land im Vergleich zu den übrigen Einrichtungen fast durchwegs gut zu erreichen. An die Werte einzelner Gemeinden kommen die Städte nicht heran. Allerdings macht sich hier möglicher Weise bemerkbar, dass in den Städten mehr mobilitätseingeschränkte Personen geantwortet haben

und die engmaschige ländliche Unterstützungskultur dazu beiträgt, den Gottesdienstbesuch zu gewährleisten.

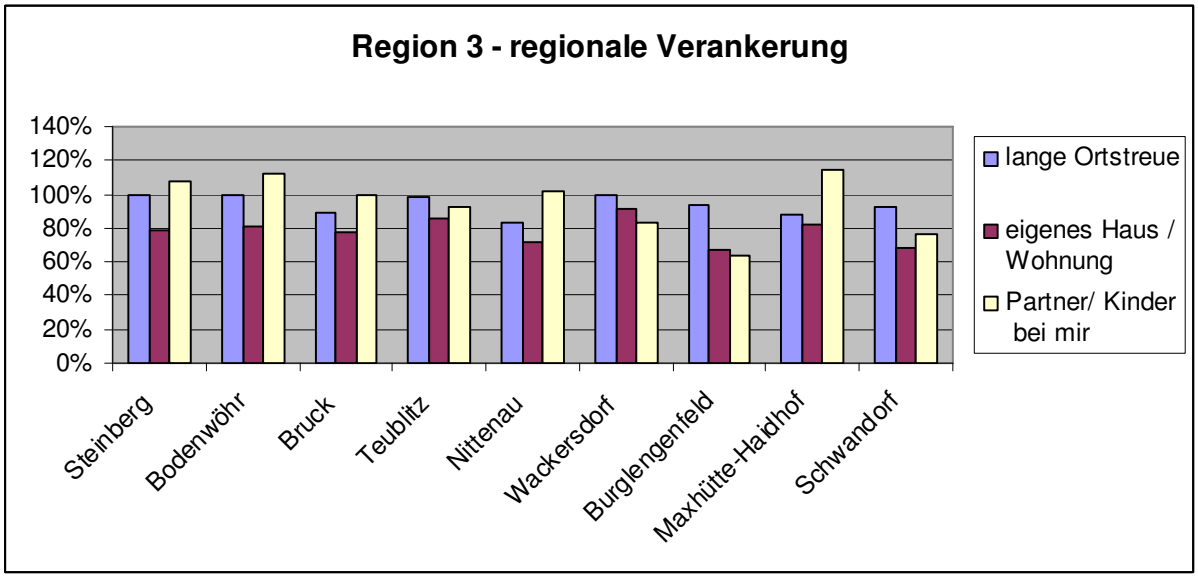
10. Ausgewählte Einzelprofile

Die Untersuchung der Fachstelle für Senioren beabsichtigte, Menschen über 60 Jahre aus dem gesamten Landkreis Schwandorf zu erreichen. Den Ausführungen im bisherigen Text ist bereits zu entnehmen, dass die Infrastruktur für ein möglichst langes selbständiges Leben im Alter nicht in allen Teilen des Landkreises gleichermaßen vorhanden ist. Damit ist nicht gemeint, dass ein zufriedenes Altwerden im ländlichen Raum nicht möglich ist. Im Gegenteil: Bei gegebener Wertschätzung der älteren Generationen, bei vorhandener „stiller/verborgener" und in einer gewachsenen Sozialstruktur selbstverständlichen Unterstützung und einer altersgerechten Ausrichtung (personenbezogener) Dienstleistungen, ist es überall möglich, sich den Alltag so einzurichten, dass ein erfülltes Altwerden möglich ist.
Im Folgenden sind einige Daten kombiniert, die darauf hinweisen, dass es Regionen des Landkreises gibt, die unterschiedliche Lebensbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter aufweisen.
Die nachfolgende Datenreihe stellt die Ortsgebundenheit der Befragten (Prozent derer, die seit Geburt und länger als 10 Jahre am Wohnort leben und Wohneigentum in Form von Haus oder Eigentumswohnung) und das Zusammenwohnen mit Partnern oder Kindern in den einzelnen Regionen dar.

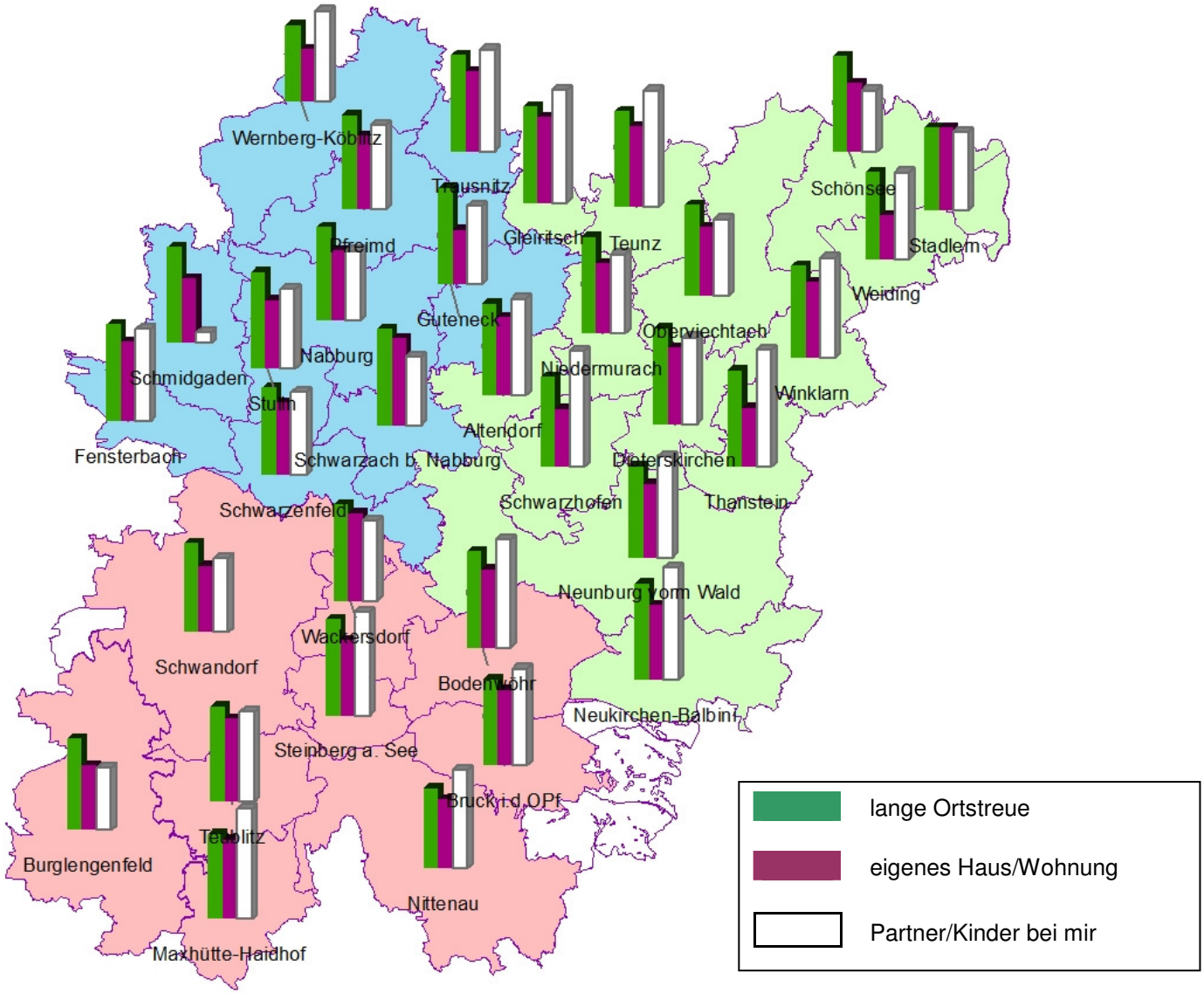




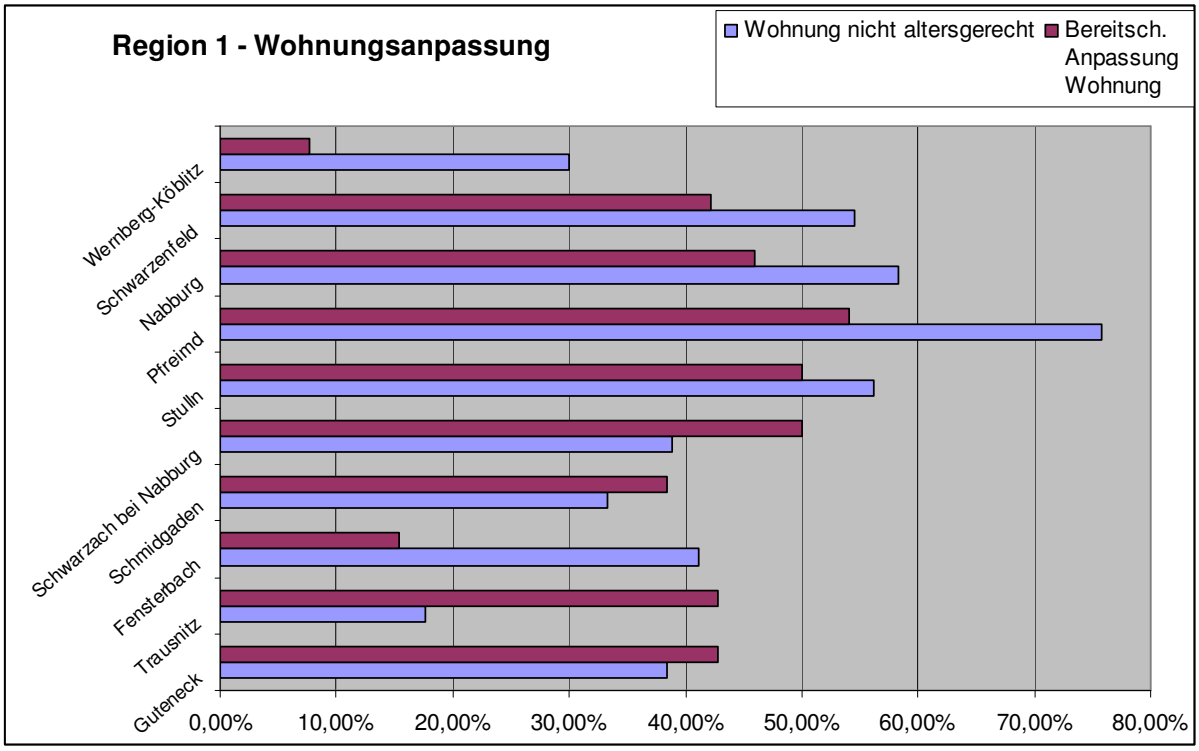
Region 1 und 2 haben keine Stadt mit mehr als 10.000 Einwohnern. Die Ortstreue in Region 1 ist sehr hoch und nimmt mit zunehmender Ortsgröße leicht ab. Auch in Region 2 sind in den meisten Orten über 90 % länger als 10 Jahre an ihrem Wohnort. In den Städten der Region 3 ist dies nicht mehr der Fall. Viele Landkreisbewohner in der befragten Altersgruppe haben sich in allen Regionen mit Wohneigentum an ihren Ort gebunden. Tendenziell ist die Anzahl in den Städten etwas niedriger. In Region 2 (viele kleine Orte) wohnen überdurchschnittlich viele Befragte mit ihren Partnern und Kindern zusammen. Dies ist in Region 1 und 3 nicht in diesem hohen Ausmaß der Fall. In Region 3 sinkt der Prozentsatz in den Städten, mit Ausnahme von Maxhütte-Haidhof.

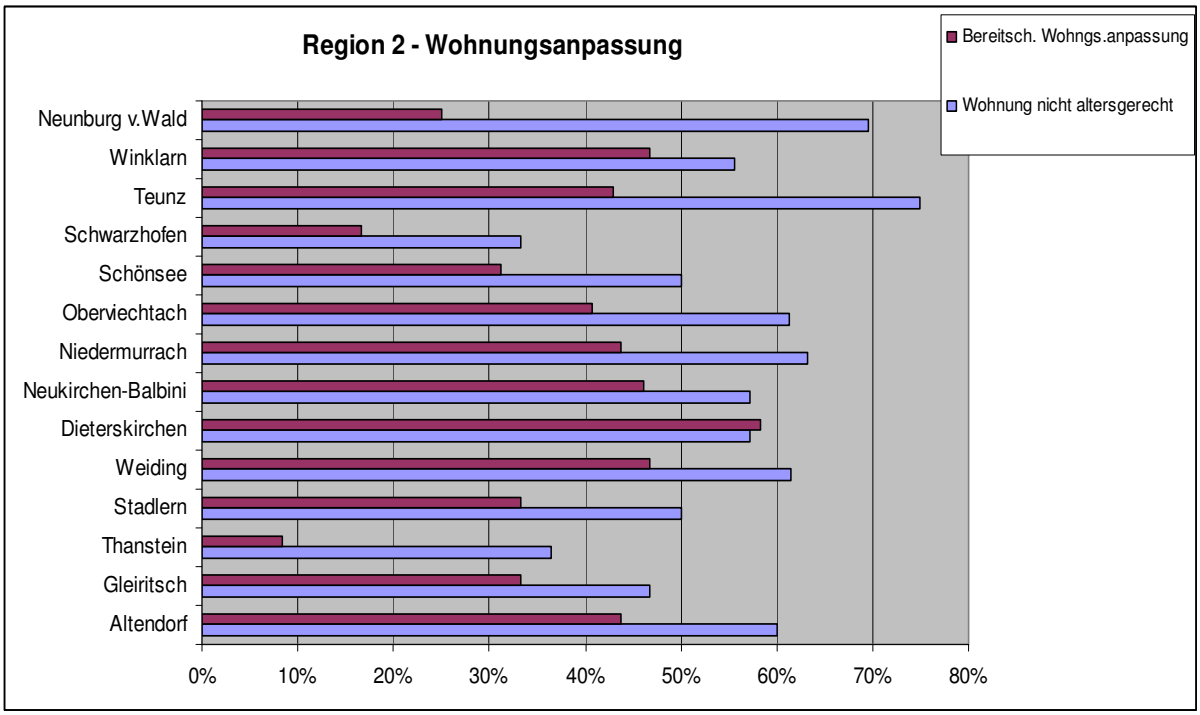


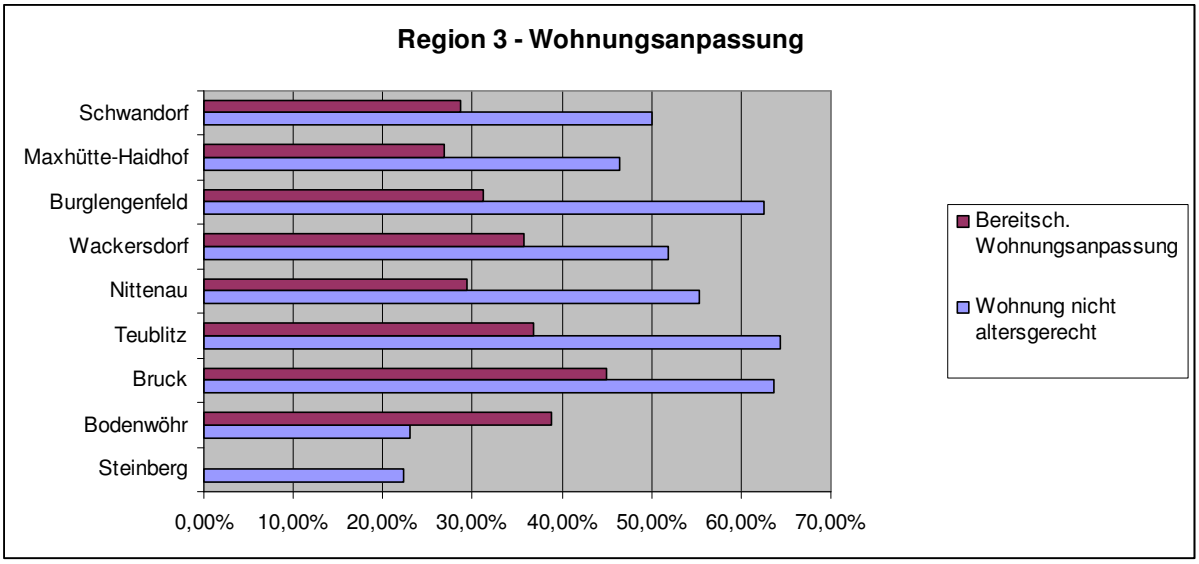
Im Überblick der Regionen wird deutlich, wo die Befragten lange an ihrem Wohnort ansässig sind. Auf die Entscheidung, wo jemand seinen Wohnort nimmt und behält, wirken verschiedene Faktoren ein, die nicht alle geltend gemacht werden können (Wohneigentum und Nähe zur Familie spielen im Alter sicherlich eine Rolle).



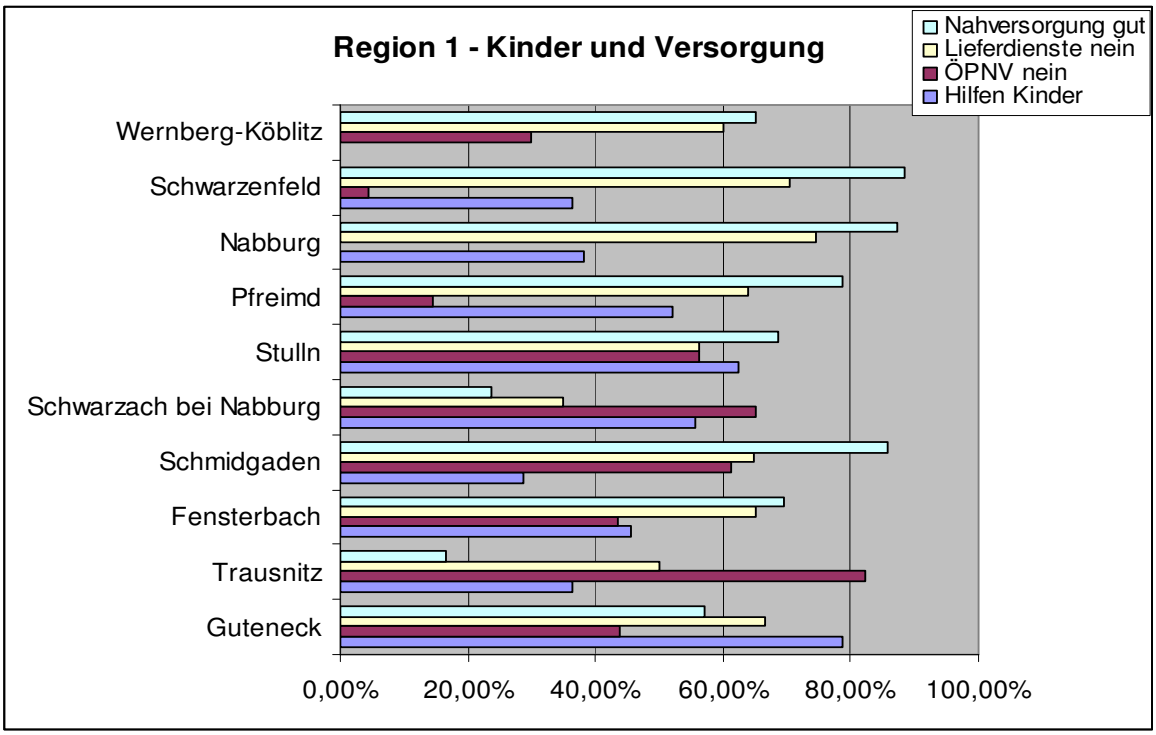
Im Fragebogen der Studie wurde an zwei unterschiedlichen Stellen die Altersangemessenheit der Wohnung tangiert. Zum einen wurde um eine Einschätzung des Wohnraums für das eigene Alter gebeten und zum anderen wurde die Bereitschaft abgefragt, die Wohnung dem eigenen Älterwerden anzupassen. Die nachfolgenden Resultate präsentieren die Diskrepanz zwischen Wissen und Veränderungsbereitschaft in eklatanter Weise.


Region 1 - Wohnungsanpassung
Wohnung nicht altersgerecht
Bereitsch. Anpassung Wohnung
Wernberg-Köblitz
Schwarzenfeld
Nabburg
Pfreimd
Stulln
Schwarzach bei Nabburg
Schmidgaden
Fensterbach
Trausnitz
Guteneck
0,00%
10,00%
20,00%
30,00%
40,00%
50,00%
60,00%
70,00%
80,00%

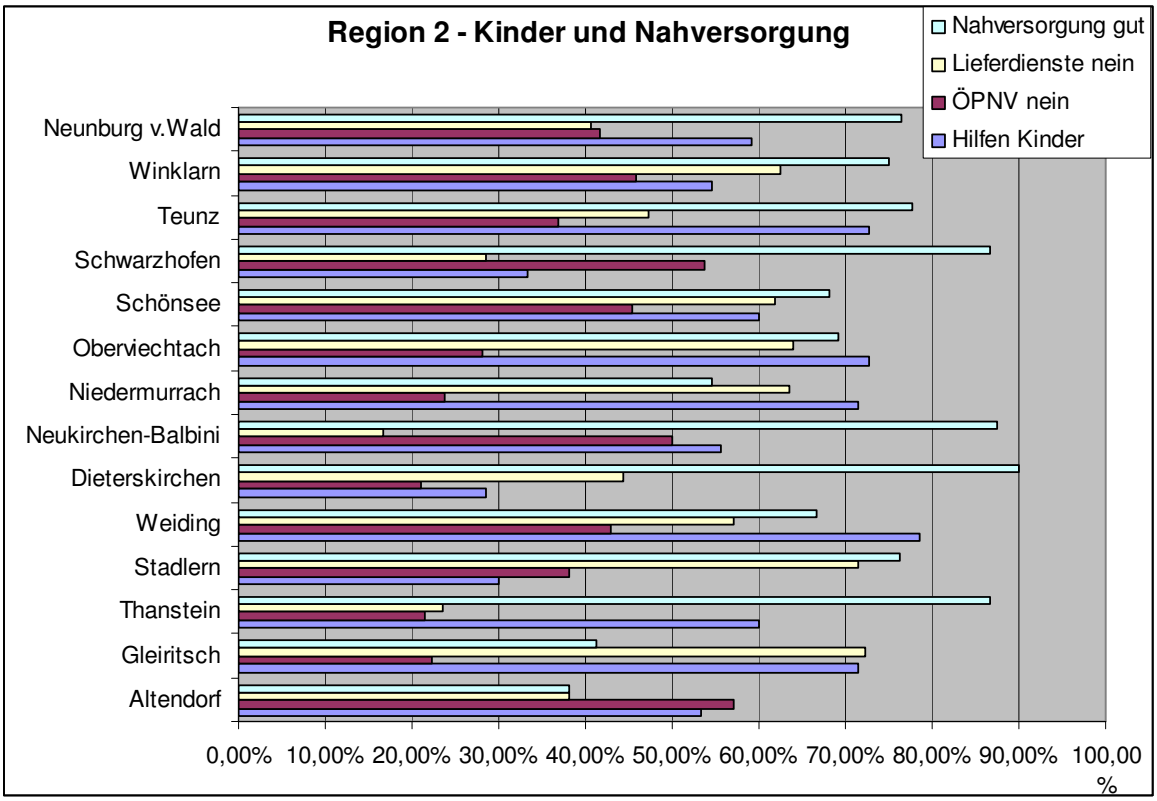

Region 2 - Wohnungsanpassung
Bereitsch. Wohngs.anpassung
Wohnung nicht altersgerecht
Neunburg v.Wald
Winklarn
Teunz
Schwarzhofen
Schönsee
Oberviechtach
Niedermurrach
Neukirchen-Balbini
Dieterskirchen
Weiding
Stadlern
Thanstein
Gleiritsch
Altendorf
0%
10%
20%
30%
40%
50%
60%
70%
80%

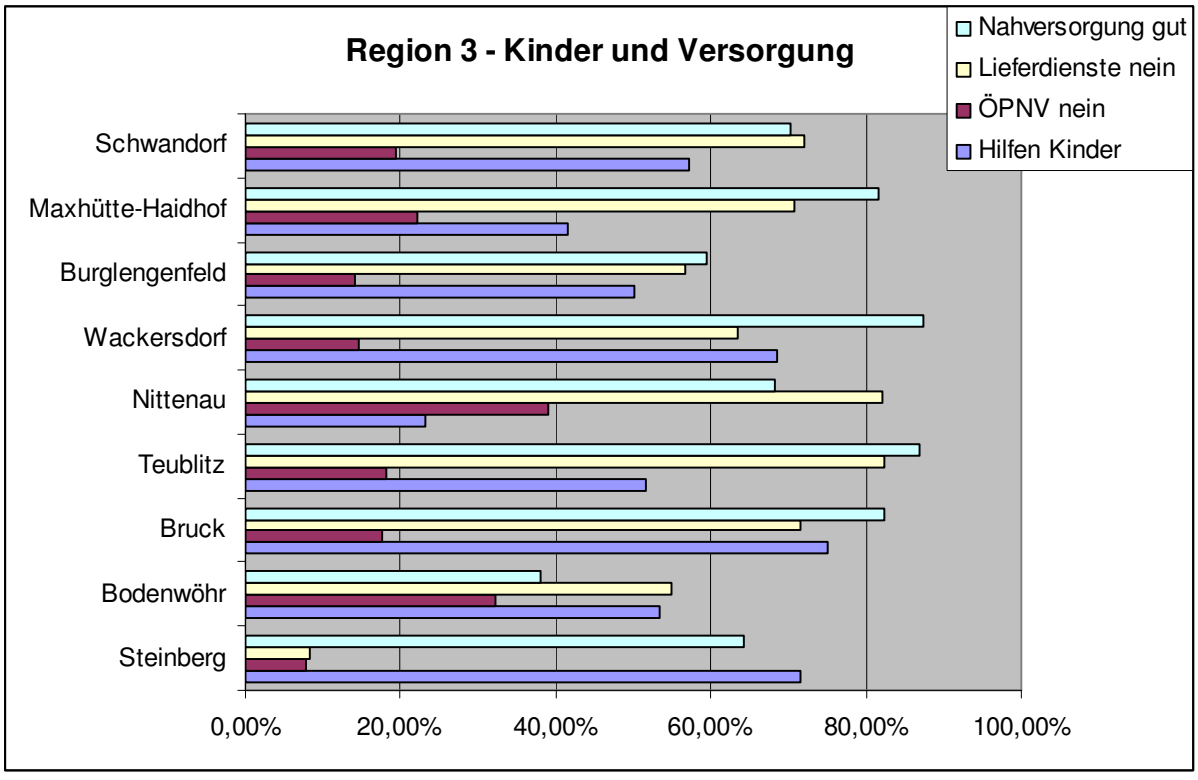


Im Allgemeinen kann von einer hohen Sensibilität für die Anforderungen an die Wohnsituation im Alter ausgegangen werden. Tendenziell ist in den größeren Orten, z.B. der Region 3 die Bereitschaft, die Wohnung anzupassen geringer als z.B. in Region 1. Der ländliche Raum bietet vermutlich weniger Alternativen und der Wunsch nach Verbleib im Wohnort ist in der ländlichen Region größer als in städtischer Umgebung. In den folgenden Abbildungen werden Daten zusammengefasst, die die z.T. unzureichende Anbindung der einzelnen Orte an die Nahversorgung (z.B. ÖPNV und Lieferdienste) auf der einen Seite und die Unterstützungsleistung der Kinder zusammen mit der generellen Zufriedenheit mit der Nahversorgung aufzeigen. In weiten Teilen bewahrheitet sich hier, dass die beklagte Unterversorgung mit Möglichkeiten, die ein selbständiges Agieren im Alter erlaubt, mit den Leistungen der Kinder ausgeglichen wird und dadurch trotzdem ein hohes Maß an Zufriedenheit vorhanden sein kann.



In den Städten macht sich der Personennahverkehr für die Zufriedenheit bemerkbar, da die Unterstützung durch die Kinder weniger ausgeprägt ist als in manchen ländlichen Regionen. In den kleineren Orten der Region 1, in denen weniger Hilfen von den Kindern ausgehen, sinkt auch die Zufriedenheit.





Region 3 hat gegenüber Region 2 und Teilen von Region 1 die beste ÖPNV-Situation. Nur max. 40 % nutzen ihn nicht. Die Bedeutung der Hilfen durch die Kinder nimmt ab, ohne dass aber die Zufriedenheit mit der Nahversorgung damit tangiert wird.

11. Anregungen für ein seniorenpolitisches Konzept

Die Fachstelle für Senioren des Landkreises Schwandorf hat mit dieser Untersuchung eine hoch aktuelle bevölkerungspolitische Frage zu einem Zeitpunkt aufgegriffen, da sich die Kommunen der Bedeutung zunehmend bewusst werden und ihnen noch ausreichend Zeit bleibt, um auf kommunalpolitischer Ebene passende Handlungsansätze zu entwickeln und somit in gewisser Weise „präventiv" tätig werden zu können. Dass die hier präsentierten Fakten brisant sind, zeigt die hohe Bereitschaft der in der Seniorenarbeit Aktiven, die Fragebögen zu verteilen und schließlich die überwältigende Rücklaufquote. Die für die einzelnen Kommunen erhobenen Daten sowie die Vergleichsmöglichkeiten mit den Durchschnittswerten bzw. mit den Werten anderer Kommunen enthalten viele Optionen, aus ihnen kommunalpolitisch relevante Schlüsse zu ziehen. Besonders hilfreich können die erhobenen Daten sein, wenn sie mit den Seniorenbeauftragten oder Vertreter anderer Seniorenorganisationen und mit ausgewählten Repräsentanten der Altersgruppen besprochen und als Grundlage für Interventionen genommen werden. Denn auch hier gilt, dass die Akzeptanz von Lösungsansätzen steigt, wenn sie unter Beteiligung der Betroffenen entwickelt werden. Zudem wird es in vielen Fragen keine landkreisweiten „Rezepte" geben können, sondern vor Ort spezifische und situative, d.h. auch problembezogene Eingriffe sind zu bevorzugen.

Die Studie enthält einige Anhaltspunkte für Handlungsimpulse, die unmittelbar in Angriff genommen werden können und sowohl aktuell wie auch für die Zukunft Erleichterung verschaffen: Dazu gehören Barrieren, wie z.B. Kopfsteinpflaster, zu hohe Randsteine, Unebenheiten oder sonstige Hindernisse, welche die vorhandene Mobilität der Senioren erschweren. Mit Bezug auf die künftige Gestaltung von öffentlichen Wegen und Plätzen ist zu überlegen, inwieweit Gestaltungsgesichtspunkte und Seniorentauglichkeit zu vereinbaren sind.

Die subjektive „Lebensqualität" von älteren Menschen steigt mit dem Grad an Autonomie der Menschen an. Dies spiegelt sich in vielfacher Hinsicht in dieser Studie wider. Eindeutige Signale sind z.B. der Ortsnähe der Kirchengemeinden und Banken zu entnehmen. Deren gute Erreichbarkeit ist auf dem Land ebenso wie in der Stadt ein Plusfaktor. Die Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen (einschließlich Ärzten) und Artikeln des täglichen Bedarfs – einschließlich der Behördenerreichbarkeit- zu gewährleisten, ist eine Aufgabe, deren sich die Kommunen zu stellen haben. Hier sind in Abhängigkeit von der Größe der Kommune und der Anbindung an ein Mittelzentrum o.ä. Überlegungen anzustellen, inwieweit günstige Standortbedingungen motivierend auf Anbieter wirken können bzw. inwieweit mobile Dienste und kombinierte Angebote des täglichen Bedarfs (z.B. mit Postserviceagenturen) einschließlich verbesserter Lieferservices oder „lokale Behördensprechstunden" dort hilfreich sein können, wo die öffentliche Anbindung an die Städte nicht ausreichend ausgebaut ist.

Neben den angedeuteten Aktivitäten der Dezentralisierung ist für bestimmte Regionen das Konzept des Personennahverkehrs zu überdenken. Die starke positive Identifikation der Bewohner mit dem ländlichen Raum ist an den Individualverkehr geknüpft. Die zahlreichen Anmerkungen der Befragten weisen nachdrücklich darauf hin, dass sie mit ihrer Lebenssituation noch zufrieden sind, weil sie (noch) selbst Auto fahren (können). Der Verlust der Fähigkeit, diese äußerst dominante Ressource zu haben, gibt Anlass zur Besorgnis – was in dieser Studie bei verschiedenen Fragen wiederholt zum Ausdruck kommt. Insbesondere ältere Befragte sind davon mehrfach betroffen: Ohne eigenes Fortbewegungsmittel auf die spärlich vorhandenen ÖPNV-Angebote mit den angesprochenen Beschwerlichkeiten angewiesen zu sein, bedeutet Isolation – es sei denn, Kinder gleichen dies aus.
Die in der Untersuchung manifestierte Tendenz, dass viele jetzt über 60-jährige seit langem an ihrem Ort wohnen und mit einem intakten nahräumlichen Unterstützungsnetzwerk umgeben und selbst z.T. ehrenamtlich Teil davon sind, kann als große Chance für die ländliche Struktur betrachtet werden. Insofern sind alle Bestrebungen zu fördern, wie z.B. eine Sozialstation, ehrenamtliche Helfer, familienentlastende Dienste, flexible Arbeitszeiten für pflegende Angehörige, die ein Altwerden in Würde am Lebensort ermöglichen. Dazu gehören auch Aktivitäten der offenen Seniorenbildungs – und Freizeitarbeit, soweit sie nicht schon vorhanden sind. Aus infrastruktureller Sicht ist die große Bereitschaft der Bevölkerung, sich im Landkreis Schwandorf nieder zu lassen, von Interesse.
Ein für jede Kommune zutreffendes und facettenreiches Thema ist die in der Studie zum Vorschein gebrachte Diskrepanz zwischen dem Bewusstsein der Altersunangemessenheit der eigenen Wohnung und der Bereitschaft, sich individuell dieser Herausforderung zu stellen. Was den privaten Wohnungsbau und Bestandsveränderungen (Sanierung, Modernisierung) anbetrifft, so können hauptsächlich die vorhandenen Informationsdefizite über die Unterstützungsmöglichkeiten durch eine entsprechende Beratung reduziert werden. Die vielen Hemmnisse des Alltags, die genannt wurden, verdeutlichen jedoch die Dringlichkeit der Problematik. Sollte kommunaler Wohnungsbau stattfinden, ist auf Barrierefreiheit im Wohnraumbau verpflichtend zu achten.
Gerade die hohe Anzahl an jungen und aktiven Senioren, die an dieser Studie teilgenommen haben, kann genutzt werden, um Veränderungen in den Kommunen anzustoßen. Das kann damit beginnen, dass eine Gemeinde z.B. ein Beratungsgremium von Senioren einrichtet, das sich um die „Seniorentauglichkeit/-angemessenheit" Gedanken macht. Ebenso könnten ehrenamtlich Aktive gewonnen werden, die intergenerationell tätig sind (60-jährige unterstützen 80-jährige). 60- bis 70-jährige sind für die Neuen Medien noch zu gewinnen, denn die Internetkompetenz kann als lebenserleichternd empfunden werden (z.B. um Bestellungen, Online-Banking, Kontakt- und Informationspflege vorzunehmen usw.).
Ältere alleinstehende Senioren und Seniorinnen nehmen, wie die Studie in Ansätzen zeigt, ambulante und stationäre Formen von Fremdhilfe an. Diese Hilfen konzentrieren sich hauptsächlich auf die größeren Orte. Sie in Anspruch nehmen zu müssen, wird für die Befragten häufig als letzter Ausweg gesehen. Für den Landkreis Schwandorf gilt,

dass institutionalisierte Hilfe vor allem von Alleinstehenden, immobilen, über 80-jährigen ohne Kinder bzw. mit Kindern außerhalb von Verfügbarkeit in Anspruch genommen werden. Im Falle eines Umzugs in eine betreute Wohnanlage / in eine Seniorenreinrichtung geht das mit einer sozialen Desintegration einher. Für die ansteigende Zahl an hochaltrigen Menschen ist zu überlegen, welche Möglichkeiten es geben kann, sie vor Vereinsamung zu schützen. Hier sind die Kommunen insofern gefordert, als sie sich darüber Gedanken machen können, wie kreative Überbrückungen von professioneller Fremdhilfe, Selbsthilfe und ehrenamtlichem Engagement geschaffen werden können, um den Betroffenen den Verbleib in ihrer Umgebung zu sichern bzw. wenn dies nicht möglich ist, wie eine kommunale soziale Altenarbeit isolationspräventiv vorgehen kann.